Nr. 144. Mittwoch, 24. Juni 1885. II. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mk. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Abonnements-Einladung.

Zum bevorstehenden Vierteljahrswechsel erlauben wir uns, alle Arbeiter Berlins zum Abonnement auf das

„Berliner Volksblatt“

mit der Gratis-Beilage

„Illustrirtes Sonntagsblatt“

einzuladen.

Wer der Sache der Arbeiter dienen will, helfe ein Unternehmen befestigen, welches bestimmt ist, die berechtigten Forderungen und Wünsche der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen.

Suche ein jeder von unseren bisherigen Anhängern, in dem Kreise seiner Freunde und Bekannten das „Berliner Volksblatt“ zu verbreiten und sehe darauf, daß jeder neu gefundene Gesinnungsgenosse sein Versprechen, zu abonniren, auch wirklich hält.

Unsererseits werden wir bemüht sein, den Inhalt unseres Blattes immer reichhaltiger zu gestalten.

Das

„Berliner Volksblatt“

kostet für das ganze Vierteljahr frei ins Haus 4 Mark, für den Monat Juli 1 Mark 35 Pf., pro Woche 35 Pf.

Bestellungen werden von sämmtlichen Spediteuren, sowie von der Expedition, Zimmerstraße 44, angenommen.

Für Außerhalb nehmen alle Postanstalten Abonnements für das nächste Vierteljahr zum Preise von 4 Mark entgegen.

Die Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt“.

Arbeiterentlassungen auf Staatswerkstätten.

I.

In den letzten Monaten hat die kaiserliche Marine auf ihren Werften vielfach Arbeiter entlassen. Zuerst hörte man davon in Wilhelmshaven, dann in Danzig und neuerdings erfährt man auch, daß in Kiel Arbeiterentlassungen stattgefunden haben, und zwar befinden sich unter diesen Arbeitern verschiedene, welche lange Zeit auf der kaiserl. Werft beschäftigt waren und das 60. Lebensjahr schon überschritten haben.

Auch die „Vossische Zeitung“ beschäftigte sich vor Kurzem mit dieser Angelegenheit und zwar in so eigenthümlicher, sich widersprechender Weise, daß wir es nicht unterlassen können, auf die Ausführungen der biederen „Tante“ etwas näher einzugehen. Zunächst aber wollen wir den Artikel des genannten Blattes hier vollständig abdrucken:

„Die Marineverwaltung ist seit April genöthigt gewesen, die Zahl der Arbeiter auf den kaiserlichen Werften zu vermindern und die Länge der Arbeitszeit allgemein herabzusetzen. In der Aera des autokratischen Staatssozialismus, wo das „Recht auf Arbeit“ von dem leitenden Staatsmann als eine vollkommen legitime Forderung anerkannt ist, werden Arbeiterentlassungen aus den Werften und Werkstätten des Reiches immer einen befremdlichen Eindruck machen, in Wahrheit aber beweisen sie nur, daß auch die Staatswerkstätten mit ihrer kostspieligen Produktion, ihren reichen Mitteln und ihren übertragbaren Fonds, von den großen wirthschaftlichen Gesetzen abhängig sind, welche keine Gesetzgebung ändern kann. Es ist klar, daß die Arbeiten zur Reparatur und Instandhaltung der Schiffe nicht vollständig gleichmäßig über das ganze Jahr vertheilt werden können. Die Mehrheit der Schiffe ist im Sommer im Dienst, im Herbst erfolgen zahlreiche Außerdienststellungen und im Frühjahr zahlreiche Indienststellungen, die Hauptarbeit für Reparaturen und Instandsetzungen ist also der Winter. Mit den vermehrten Indienststellungen ist dies Mißverhältniß in der Arbeitsvertheilung gewachsen. Sollen die Schiffe für die Frühjahrssession rechtzeitig fertig gestellt werden, so müssen in den Wintermonaten die Arbeitskräfte vermehrt und die Dauer der Arbeitszeit verlängert werden. Es wird aber nicht angängig sein, für den Sommer ein vollentsprechendes Arbeitsquantum zurückzulassen, selbst wenn man sämmtliche Reparaturen auf die Sommermonate verlegt. Andererseits aber ist es unerläßlich, daß die Verwaltung in den etatmäßigen Grenzen bleibt. Die Arbeit in den Staatswerkstätten stellt sich ohnehin theurer, als in Privatunternehmungen, und es liegt keineswegs im öffentlichen Interesse, daß öffentliche Werkstätten den Charakter von Almosen spendenden Versorgungsanstalten annehmen. Die Summe der Arbeitskraft muß auch auf den kaiserlichen Werften nach dem Bedarf gemessen werden. Vielleicht gelingt es noch, zu einer zweckmäßigen Vertheilung der Arbeit auf die Sommer- und Wintermonate zu gelangen und damit eine größere Sicherstellung der tüchtigen und älteren Arbeiter zu bewirken. Die Admiralität hat selbst früher anerkannt, daß jede größere Arbeiterentlassung auf den kaiserlichen Werften nicht nur für die davon betroffenen Arbeiter und deren Familien eine Kalamität ist, sondern auch für die Marine selbst. Namentlich in Wilhelmshaven, wo der entlassene Arbeiter keinen anderen Verdienst in der Nähe findet und weit zu verziehen genöthigt ist, fehlt es, wenn wieder Zeiten mit mehr Arbeit eintreten, an Menschen. Und noch empfindlicher kann ein Arbeitermangel bei Eintritt einer Mobilmachung werden, welche ohnehin eine sehr erhebliche Zahl Dienstpflichtiger den Werkstätten entzieht. Man glaubte bisher in den Ersatzbauten von Schiffen im Wesentlichen den Regulator für den gleichmäßigen Gang des Werftbetriebes zu besitzen, aber der Ersatzbau ist nicht so ausgedehnt, um zur Genüge ausgleichend wirken zu können. Für die Reparatur und Instandhaltung der Schiffe sind jetzt ca. 3500 Arbeiter erforderlich. Der durchschnittliche Jahresverdienst eines Arbeiters der kaiserl. Werften betrug im vorigen Jahre ca. 860 M. Die Werften zahlen den Arbeitern mindestens ebenso hohe Löhne wie die Privatindustrie den besseren und geschickten Arbeitern; auch werden die älteren und schon längere Zeit beschäftigten Arbeiter in höhere Lohnklassen gebracht. Das ist anzuerkennen und hoffentlich wird sich auch noch eine gleichmäßigere Vertheilung der Arbeiten ermöglichen lassen. Die Verwaltung der Werften ist der Natur der Sache nach eine sehr komplizirte und die Kontrole vielleicht schwieriger als in irgend einer anderen Verwaltung. Für den Chef der Admiralität bleibt hier noch ein sehr wichtiges Feld für Reformversuche, die zum Theil auch schon in Angriff genommen sind.“

So die „Vossische Zeitung“.

Auf die Thatsache selbst, daß die Marineverwaltung Arbeiter entläßt, wollen wir hier zunächst nicht näher eingehen. Wie uns aber von verschiedenen Seiten berichtet wird, sind unter den Entlassenen (nicht nur in Kiel) sehr viele ältere und verheirathete Arbeiter, die nun der Noth preisgegeben werden. Zunächst sollte aber die Verwaltung darauf Rücksicht nehmen, nur jüngere unverheirathete Arbeiter zu entlassen, wodurch die Maßregel schon bedeutend gemildert würde.

Daß sich aber in diesem Falle die staatliche Verwaltung völlig auf den Standpunkt einer Privatverwaltung stellt, das halten wir für äußerst bedenklich.

Oder glaubt die „Vossische Zeitung“ vielleicht auch, daß die Marineverwaltung ebenso wie zu der Maßregel überhaupt, zu der Härte der Maßregel, viele verheirathete Arbeiter zu entlassen, „genöthigt“ gewesen wäre?

Wir werden nun zu beweisen suchen, daß die Marineverwaltung nicht „genöthigt“ gewesen ist, die Ar-

---

Nachdruck verboten.]

Feuilleton.

Im Eckfenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

(Fortsetzung.)

„Kultur und Christenthum breiten sich immer weiter aus,“ lächelte Hans — „so wenigstens wird uns erzählt —, und Rhodenburg scheint nicht außerhalb der Welt zu liegen. Was hast Du heute Abend vor, Rauten?“

„Ich? Nichts; ich werde bei den Eltern bleiben,“ sagte der Graf. „Sie sind eben ausgefahren, müssen aber bald zurückkehren, und die Zeit, die wir noch zusammen verleben können, ist ja außerdem so kurz gemessen — was meintest Du?“

„Du bist ein sehr guter Sohn,“ sagte Hans, langsam mit dem Kopfe nickend; aber die Worte hatten eine so eigenthümliche Betonung, daß Rauten selber rasch zu ihm aufsah. Hans aber hatte sich schon zu Fräulein von Noltje gewandt, die ihn auf einen kostbaren Schmuck aufmerksam machte, den Rauten heute Morgen seiner Braut geschenkt, und Hans blieb wirklich staunend vor den kostbaren Steinen stehen.

Es war ein Schmuck, wie ihn eine Königin hätte tragen können, von prachtvollen Brillanten und einem einzigen außergewöhnlich großen Smaragd in der Mitte, und das Ganze so geschmackvoll gefaßt und überreich mit Gold durchwebt, daß man sich kaum etwas Schöneres und Kostbareres auf der Welt denken konnte. Wie nur das Kästchen wieder geöffnet wurde, drängten auch die jungen Damen von allen Seiten nochmals herbei und füllten aufs Neue das Gemach mit Ausrufen des Staunens und der Bewunderung.

„Ist das nicht schön, Hans?“ sagte Franziska, indem sie beide gefalteten Hände auf die Schulter des Bruders legte, ihre Wange darauf lehnte und mit glücklicher Bewunderung den Schatz betrachtete — „ist das nicht himmlisch?“

„Das ist in der That das Schönste,“ sagte Hans staunend, „was ich in derartiger Arbeit je gesehen, und gerade in Peru tragen die Damen sehr kostbare Steine und setzen einen Stolz darein. Fränzchen, das ist ein Geschenk, dessen sich eine Kaiserin an ihrem Ehrentage nicht zu schämen brauchte.“

Die Blicke Aller waren auf die blitzenden Steine geheftet, und Niemand achtete auf den Schmerz, der für einen Moment durch des jungen Solberg Züge zuckte — von Rauten selber stand er abgewandt. Aber Hans hatte rasch seine Fassung wieder gewonnen, denn nicht einmal Mißtrauen durfte er erwecken, ehe die richtige Zeit gekommen war.

„Wo ist der Schmuck gearbeitet, Rauten?“ sagte er, den Kopf dem Grafen zubrehend. „Das sieht gar nicht so aus, als ob deutsche Hände da thätig gewesen, denn besonders die Goldverzierungen sind so eigenthümlicher, phantastischer Art.“

„Ich habe ihn aus Indien mitgebracht,“ erwiderte Rauten. „Damals, als wir die Hauptstadt der Rebellen nahmen, schleppten die Soldaten das Unglaubliche an Beute aus den Trümmern, und wir Offiziere erhandelten nachher die kostbarsten Gegenstände leicht um einen Spottpreis. Ich darf gar nicht sagen, was ich für den Schmuck bezahlte.“

„In der That? Du hast damit jedenfalls ein gutes Geschäft gemacht. Aber er ist fast zu schön und prachtvoll — wie selten wird ihn Fränzchen tragen können!“

„Und was schadet das,“ sagte Rauten — „kann sie sich doch auch außerdem daran erfreuen, denn Schmuck haben alle jungen Frauen gern, nicht wahr, Fränzchen?“

„Ach, Leopold,“ sagte das junge Mädchen schüchtern, „ich weiß gar nicht, wie ich Dir für das kostbare Geschenk danken soll! Es ist zu schön, viel, viel zu schön für mich!“

„Und kann etwas für Dich zu schön sein, Fränzchen? Eine indische Fürstin hat es jedenfalls früher getragen — jetzt trägst Du es, und es wird mehr Glanz von Dir empfangen, als Du ihm entleihst.“

„Ach, Fränzchen,“ sagte Bertha von Noltje, „ich möchte mit Dir reisen — wie oft habe ich mir schon gewünscht, den Osten Europas kennen zu lernen! Merkwürdiger Weise zieht es mich gar nicht nach Westen, und wenn ich die Wahl hätte, Paris oder Ungarn und Galizien zu sehen, ich glaube bestimmt, ich entscheide mich für die letzteren beiden Länder.“

„Wenn Sie das nur nicht bereuen würden,“ lächelte Rauten, „denn nur die Natur könnte Sie für das prachtvolle Paris entschädigen, und gerade die Natur würde Ihnen da viel weniger bieten, als der Süden des Reiches.“

„Das schadet nichts — aber es muß so interessant sein . . .“

Hans war ans Fenster getreten und sah hinaus; er war vollkommen mit seinen eigenen Gedanken beschäftigt und wurde nun erst wieder zur Gegenwart zurückgerufen, als sich die jungen Damen zum Aufbruch rüsteten. Sie mußten alle nach Hause zum Diner, und des zärtlichen Abschiednehmens zwischen ihnen und Fränzchen war kein Ende. —

Junge Damen haben überhaupt — besonders in Gegenwart von jungen Herren — die etwas fatale Angewohnheit, sich einander abzuküssen, als ob sie Abschied für ein ganzes Leben nähmen, während sie sich doch aller Wahrscheinlichkeit nach schon am nächsten Morgen, vielleicht noch an demselben Abend, wiedersehen. Es ist auch wohl Niemand im Stande, einen Grund dafür anzugeben, denn übergroße Zärtlichkeit trägt erwiesenermaßen nicht immer die alleinige Schuld. Wie dem aber auch sei, es geschieht eben, und die jungen Damen hier thaten sich eine ganz besondere Güte.

Der Wagen der Eltern fuhr ebenfalls in diesem Augenblicke vor, und bald darauf wurde zum Diner geläutet. Der alte Baron war heute außerordentlich heiter, und da Rauten, mit der nahen Erfüllung seines Glückes, ebenfalls jeden trüben Gedanken verscheucht hatte, so wurde das Gespräch bald belebt, und selbst die sonst etwas steife Frau Baronin gab sich der Unterhaltung mit vollem Eifer hin.

Nur Hans blieb einsilbig; er mischte sich wohl manchmal hinein, aber es geschah nicht mit fröhlichem, leichtem Herzen, und da er das selber fühlte, ließ er auch

beiterentlassungen vorzunehmen, wir werden diesen Beweis theilweise an den im vorstehenden Artikel der „Vossischen Zeitung" enthaltenen Argumenten selbst erbringen und zugleich den Weg angeben, auf welchem die Staatsverwaltung bei ihren Betrieben überhaupt zu wandeln hat, wenn sie sich ihrer hohen Aufgabe vollständig bewußt ist.

Daß wir dabei mit der „Vossischen Zeitung" und anderen manchesterlichen Blättern in Konflikt gerathen, ist selbstverständlich, doch sind wir an solche Konflikte gewöhnt.

Da uns für heute der Raum fehlt, ausführlich auf das Thema einzugehen, so werden wir dies in einem besonderen Artikel thun.

Politische Uebersicht.

Das sogenannte Noth-Kommunalsteuergesetz hat, wie dem „Hamb. Corr." aus Berlin berichtet wird, die königliche Genehmigung erhalten. Die Bedeutung dieses preußischen Gesetzes besteht bekanntlich darin, daß die Besteuerung der Forensen, juristischen Personen und des Fiskus, vor Allem des Eisenbahnfiskus, einheitlich geregelt, d. h. auch da ermöglicht wird, wo eine solche Besteuerung, zum Beispiel in Hannover und Schleswig-Holstein, bisher nicht zulässig war. Man hat den Mehrbetrag an Kommunalsteuern, der auf Grund dieses Gesetzes erhoben werden kann, auf 2 Millionen Mark berechnet, eine Summe, welche in Anbetracht der sehr großen Zahl der betheiligten Gemeinden verhältnißmäßig unbedeutend ist. Für den sogenannten Nothstand der Kommunen wird bei der Verminderung der Steuerlast um diesen Betrag in keiner Weise Abhilfe geschaffen werden, um so weniger, als die Ueberschüsse aus den Staatseisenbahnen um denselben Betrag sinken und der Ausfall auf anderem Wege gedeckt werden muß.

In der letzten Nummer des „Reichs-Anz." wird der Wortlaut des am 7. März in Madrid zwischen Deutschland, Spanien und England abgeschlossenen Vertrages über den Sulu-Archipel veröffentlicht. Für Deutschland handelt es sich dabei hauptsächlich um die Freiheit der Schifffahrt und des Handels in dem genannten Archipel, zwischen der Westspitze der Insel Mindanao einerseits, und dem Festland von Borneo und der Insel Paragua andererseits.

Die deutsche Reichsregierung wendet — wie offiziös geschrieben wird — der durch das erneute Auftreten der Cholera in Spanien geschaffenen Situation ihre ernsteste Aufmerksamkeit zu. Insbesondere hat sie, für den Fall einer Weiterverbreitung der Seuche, die Anwendung umfassender Vorbeugungsmaßregeln ins Auge gefaßt, um zu verhüten, daß ein Eindringen der Cholera in Deutschland stattfinde. Wenn man gleichwohl an maßgebender Stelle jetzt von dem anfangs erwogenen Plane zurückgekommen ist, eine Sachverständigenkommission nach Spanien zu entsenden, um an Ort und Stelle das sogenannte Impfverfahren des Dr. Ferran zu studiren, so erklärt sich diese Unterlassung hinlänglich aus dem geringen Maße von Vertrauen zu dem wissenschaftlichen sowohl als praktischen Werthe des Ferran'schen Verfahrens, gegen dessen angeblich schützende Kraft sich die triftigsten Bedenken geltend machen lassen. Und daß unsere fachmännischen Autoritäten mit ihren Zweifeln an der Ferran'schen Entdeckung keineswegs allein dastehen, beweist die zurückhaltende, ja geradezu ablehnende Stellungnahme der Madrider Behörden nicht nur, sondern auch solcher Kapazitäten von unbezweifelter sachlicher Zuständigkeit, wie des berühmten französischen Forschers Pasteur. Letzterer hat, nach Mittheilungen der Pariser Blätter, sich in äußerst skeptischer Weise über die Ferran'schen Impfversuche ausgesprochen. (Der spanische Dr. Ferran glaubt durch Impfung der Cholera vorbeugen zu können. Nach spanischen Blättern soll sich herausgestellt haben, daß unter den von Dr. Ferran Geimpften ein weit geringerer Prozentsatz von der Seuche befallen wurde, als von den nicht Geimpften an ein und demselben von der Cholera infizirten Orte.)

Verfügung des Justizministers betreffend Prozeßführung von Ausländern. Nach § 102 der deutschen Zivilprozeßordnung haben Ausländer, welche bei deutschen Gerichten als Kläger auftreten, dem Beklagten auf dessen Verlangen Sicherheit wegen der Prozeßkosten durch Hinterlegung von baarem Gelde oder Werthpapieren zu leisten. Diese Verpflichtung tritt aber u. A. nicht ein, wenn nach den Gesetzen des Staates, welchem der Kläger angehört, ein Deutscher in gleichem Falle nicht zur Sicherstellung verpflichtet ist. Wenn nun ein zur Sicherheitsleistung aufgeforderter Ausländer den sich aus letzterer Einschränkung ergebenden Einwand gemacht hat, so ist bisher vielfach seitens der Gerichte die Vermittelung des Auswärtigen Amts in Anspruch genommen, um eine amtliche Auskunft über die betreffenden im Auslande geltenden Rechtsgrundsätze zu erlangen. Der Justizminister macht in einer allgemeinen Verfügung vom 16. d. M. die Gerichte darauf aufmerksam, daß das Auswärtige Amt alle derartige Ersuchen ablehnt; er empfiehlt den Gerichten, es dem Kläger zu überlassen, wie er den Nachweis über das in seiner Heimath geltende Recht erbringen will; nöthigenfalls könne er dazu die Vermittelung seiner eigenen Landesbehörden selbst in Anspruch nehmen.

Der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Spanien, betreffend einige Abänderungen des Tarifs A. des deutsch-spanischen Handels- und Schifffahrts-Vertrages vom 12. Juli 1883, wird nunmehr im „Reichs-Gesetzblatt" publizirt. Derselbe soll acht Tage nach Austausch der Ratifikationen in Kraft treten und bis zum 30. Juni 1887 in Kraft bleiben. Da der Austausch der Ratifikationen am 16. Juni 1885 in Berlin stattgefunden hat, so gelangt vom 25. d. M. ab der neue Zoll von 3 M. an Stelle des bisher erhobenen von 1 Mk. auf den Doppelzentner Roggen allgemein zur Erhebung.

An Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern sowie anderen Einnahmen sind im Reich für das Etatsjahr 1884/85 (einschließlich der kreditirten Beträge und verglichen mit der Einnahme des Vorjahres) zur Anschreibung gelangt: Zölle 231 297 608 Mark (+ 28 039 917 Mark), Tabaksteuer 9 350 793 Mark (+ 1 562 734 Mark), Rübenzuckersteuer 52 527 732 Mk. (+ 1 847 877 Mk.), Salzsteuer 39 250 116 Mk. (+ 575 058 Mark), Branntweinsteuer 48 125 444 Mark (+ 1 432 636 Mark), Uebergangsabgaben von Branntwein 132 212 Mk. (+ 13 175 Mk.), Brausteuer 19 521 094 Mark (+ 830 415 Mk.), Uebergangsabgaben von Bier 1 821 217 Mk. (+ 228 504 Mk.); Summe 462 026 216 Mk. (+ 29 532 316 Mark). — Spielkartenstempel 1 098 646 Mk. (+ 38 974 Mk.), Wechselstempelsteuer 6 780 849 Mk. (+ 15 377 Mk.), Stempelabgabe für Werthpapiere, Schlußnoten, Rechnungen und Lotterieloose 13 767 538 Mk. (+ 515 534 Mk.), Post- und Telegraphen-Verwaltung 166 207 128 Mk. (+ 8 016 724 Mk.), Reichs-Eisenbahnverwaltung 46 729 686 Mk. (+ 830 174 Mk.).

Die zur Reichskasse gelangte Ist-Einnahme, abzüglich der Ausfuhr-Vergütungen und Verwaltungskosten, beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen für das Etatsjahr 1884/85: Zölle 208 506 167 Mk. (+ 17 700 865 Mk.), Tabaksteuer 8 361 124 Mk. (+ 740 764 Mk.), Rübenzuckersteuer 32 410 582 Mark (− 5 363 874 Mark), Salzsteuer 38 693 630 Mark (+ 759 767 Mk.), Branntweinsteuer und Uebergangsabgabe von Branntwein 39 693 478 Mk. (+ 4 182 506 Mk.), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 18 063 407 Mark (+ 894 994 Mk.); Summe 345 728 378 Mk. (+ 18 915 022 Mark). — Spielkartenstempel 1 035 745 Mark (+ 23 994 Mk.).

Aus Hamburg wird der „Frankf. Ztg." geschrieben: Die Mittheilung der „N. Allg. Ztg.", daß hier unter Vorsitz Bebel's eine vertrauliche sozialdemokratische Konferenz stattgefunden habe, trifft nicht zu. Die Meldung dürfte ihren Ursprung der Thatsache verdanken, daß Bebel sich hier mehrere Tage in geschäftlichen Angelegenheiten aufgehalten hat und daß der aus Hamburg ausgewiesene Reichstags-Abgeordnete Dietz die Erlaubniß erhielt, eine Woche in Hamburg zu verweilen, um die Verlegung seines Verlagsgeschäfts aus Stuttgart nach Hamburg selbst bewerkstelligen zu können. Dietz ist bekanntlich Hamburger und besitzt hier eine Buchhandlung.

Darmstadt. Das Regierungsblatt verkündigt ein Gesetz über die Ausübung des Hufbeschlags, wonach in Anwendung der den Einzelstaaten reichsgesetzlich gewährten Befugniß vom 1. April 1886 an nur solche Personen berechtigt sind, gewerbsmäßig den Hufbeschlag selbstständig auszuüben, welche eine Prüfung im Hufbeschlag mit Erfolg bestanden haben. Den Nachweis einer Prüfung haben jedoch diejenigen Personen nicht zu erbringen, welche bis zu jenem Tage das fragliche Gewerbe im Großherzogthum selbstständig betrieben haben. Die Prüfung kann nur vor einer in einem Bundesstaat auf Grund landesgesetzlicher Regelung in Gemäßheit des Reichsgesetzes vom 1. Juli 1883 staatlich bestellten oder anerkannten Prüfungsstelle abgelegt werden. Zum Zweck der Ausbildung im Hufbeschlaggewerbe werden nach Bedürfniß Unterrichtskurse eingerichtet. Im Falle eines besondern Bedürfnisses kann das Ministerium von der Prüfung entbinden.

Mainz, 17. Juni. Aus den Kreisen hiesiger Arbeiter und Handwerker ist dieser Tage eine Petition an den Reichstag abgegangen, in welcher dringend um Abschaffung der Sonntagsarbeit gebeten und besonders der Ansicht entgegengetreten wird, als bedeute das Verbot der Sonntagsarbeit eine Schädigung der Interessen der Arbeiter. Es heißt darin: „Die von dem Herrn Reichskanzler beliebte Rechnung, der zu Folge der Arbeiter durch das Verbot der Sonntagsarbeit 14 pCt. seines Lohnes zu entbehren gezwungen sei, müssen wir entschieden verwerfen. Ohne Sonntagsruhe verliert der Maximalarbeitstag, dessen Festsetzung wir sehnlichst erhoffen, und die Arbeiterschutzgesetzgebung für uns ihre eigentliche Bedeutung.

Frankreich.

Ueber den Verlauf der von den Bonapartisten einberufenen Wählerversammlung, welche am vergangenen Sonnabend im Saal Favie in Belleville stattfand, wird dem „B. C." aus Paris geschrieben: „Die Versammlung war von den Anhängern des Prinzen Napoleon einberufen worden. Gleich zu Anfang bemerkte man im Zuschauerraume eine Anzahl Anarchisten, welche auf die eine oder andere Weise hineingekommen waren und die gleich bei Beginn der Sitzung ihre feindseligen Absichten zeigten. Zwar wurde der Vortrag des ehemaligen Ministers Richard ruhig angehört, allein das Erscheinen eines jungen Bonapartistischen Advokaten Poignaut, der den Prinzen Louis Viktor auf seiner Reise im Orient begleitet hatte, gab das Zeichen zum Ausbruch des Tumults. Herr Poignaut vertheidigte das bekannte Thema von der Solidarität der demokratischen Grundsätze und der Napoleonischen Dynastie. Jetzt begannen die Anarchisten zu lärmen. „Marktschreier, Seiltänzer, Blagueurs!" waren die gemäßigtsten Epitheta, welche dem Redner an den Kopf flogen, und als der bekannte Staatsweise der Jeromistischen Partei, Herr Paskal, das Wort ergriff, gab es einen solchen Heidenlärm, daß der Präsident der Versammlung sich nicht zu helfen wußte und die Sitzung aufhob oder richtiger aufheben wollte, denn kaum hatte er den Cumulischen Sessel verlassen, als die Anarchisten ihren Maxime Lisbonne, den bekannten Kolonel a. D. der Kommune, aufforderten, den Vorsitz zu übernehmen. Der Bürger Lisbonne verlas nun eine Tagesordnung des Inhalts, daß die Anarchisten, welche sich durch verschiedene Redensarten der Bonapartisten beleidigt fühlten, aus diesem Grunde die Organisatoren der Versammlung davongejagt und sich des Saales bemächtigt hätten. Ehe es zur Abstimmung kam, brachen an verschiedenen Stellen des Saales arge Raufereien aus. Die Kombattanten bemächtigten sich der Stühle und Schemel, welche sie sich gegenseitig an den Kopf warfen. Diese Wurfgeschosse flogen schließlich bis auf die Estrade des Präsidenten, der sich mit seinen Beisitzern eiligst zurückziehen mußte. Ebenso die Journal-Berichterstatter, wovon einige getroffen wurden. Schließlich befahl der Eigenthümer des Saales, dem es um sein Inventar bange war, das Gas auszudrehen, und in der Dunkelheit tappten Anarchisten und Bonapartisten nach dem Ausgang."

— Dem „Temps" ist eine Depesche zugegangen, nach welcher der vielgenannte Führer der Schwarzflaggen in Tonkin von dem Vice-König von Yünnan (China) gefangen genommen wurde. Die sog. Schwarzflaggen bildeten eine Freischaar, welche den Franzosen viel Schaden zufügte und noch jetzt, nachdem der Friede zwischen Frankreich und China perfekt geworden ist, ihre Angriffe gegen die französischen Truppen fortsetzten. Da der chinesischen Regierung hieraus arge Verlegenheiten erwuchsen, so hat sie sich beeilt, den selbstständigen Plänkereien der Schwarzflaggen ein Ende zu machen.

— Das von den Mitgliedern der äußersten Linken aufgestellte Wahlprogramm, welches von 80 Delegirten unterzeichnet wurde, wird von den Opportunisten als lahm und nichtssagend bezeichnet. Der „Temps" erwartet, daß demselben ein von 300—400 Senatoren und Deputirten unterzeichnetes Manifest entgegengesetzt werde, das die intransigeante Politik verurtheilt. Nach Andrieux in der „Ligue" ist im radikalen Programm nur die Verurtheilung der Kolonialpolitik und des Opportunismus zu loben.

Italien.

Konfiszirte Amtsdepeschen. Die römische „Capitale" erzählt folgendes lustige Zensurstückchen: „In der vergangenen Woche fand in der italienischen Deputirtenkammer eine wichtige Abstimmung statt und berief daher der Minister Grimaldi nebst mehreren seiner politischen Freunde auch 79 Oppositionelle, die zugesagt hatten, diesmal für die Regierung zu stimmen, telegraphisch nach Rom. Der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Kommendatore Morana, der von dieser Zusage der Opposition nichts wußte, ließ nun die an dieselbe gerichteten 79 Telegramme konfisziren, da er glaubte, daß irgend ein Oppositionelle: mit dem Namen des Ministers Scherz treibe, um so seine nachlässigen Kollegen nach Rom zu locken. Minister Grimaldi war nicht wenig überrascht, als es zur Abstimmung kam und bei derselben alle von ihm geladenen 79 Oppositionellen — gänzlich fehlten."

Großbritannien.

Die Bedingungen, welche Lord Salisbury den Liberalen gestellt hat, werden von den „Daily News" wie folgt bezeichnet: Lord Salisbury forderte ein Versprechen, 1) daß die liberalen Führer den Budgetplan in billige Erwägung ziehen würden; 2) daß, wenn sie denselben nicht billigten, sie den Einfluß dazu verwenden würden, dessen Zurückziehung zu gestatten und das Haus zu veranlassen, seine Zustimmung dazu zu geben, daß das Defizit bis zum nächsten Jahre vorgetragen werde. — Die Antwort Gladstone's lautete dahin, daß die vorige Regierung, sowie die liberale Partei irgend welchen Vorschlägen der konservativen Regierung keine faktiöse Opposition bereiten würden, aber daß sie sich nicht verbindlich machen könnten, die sie noch nicht gesehen. — Diese Antwort, bemerken die „Daily News", ist endgiltig, und es ist nicht die mindeste Aussicht auf eine Lösung der streitigen Frage durch Zugeständnisse der liberalen Seite des Unterhauses vorhanden. „In Folge dieses Beschlusses des liberalen Kabinets ist Salisbury vor die Alternative gestellt, auf die Unterstützung der Liberalen zu verzichten oder die Uebernahme der Regierung abzulehnen. Es wird stark bezweifelt, ob er Letzteres thun werde. Andernfalls ist Gladstone's Kabinet vorbereitet, im Amte zu bleiben, jedoch mit einigen „Modifikationen."

---

die Anderen kalt. Selbst sein Vater empfand das und bemerkte endlich:

„Höre, Hans, ich will Dir etwas sagen: heute sollst Du noch vollkommen freie Bahn haben und Deinen langweiligen Geschäften obliegen, so viel Du willst, ich werde Dich ruhig Deinen Weg darin gehen lassen, aber morgen bitte ich mir aus, daß Du einen andern Menschen anziehst, denn den morgenden Tag soll uns kein Misanthrop verderben. Was in aller Welt hast Du nur?"

„Mein lieber Papa," sagte Hans, „sei mir nicht böse, ich gestehe ein, daß ich heute den Kopf voll von einer Masse trockener Geschichten hatte, die hier in dieses Haus der Freude und des Glückes nicht paßten; aber ich verspreche Dir auch, daß ich mich morgen ändern will. — Morgen früh freilich, setzte er düster hinzu, habe ich noch eine traurige Pflicht zu erfüllen. Wir geleiten schon um sieben Uhr Morgens — denn er hat es so in seinem Testament verordnet — den armen Dürrbeck zu Grabe. Ist das vorbei, dann verlaß Dich fest darauf, daß ich mich keinem nutzlosen Grübeln und Träumen mehr hingeben will. Du sollst dann Deine Freude an mir erleben."

„Topp!" rief der alte Herr und hob sein Glas gegen ihn. „Das soll ein Wort sein, und dann vergebe ich Dir auch von Herzen gern all' die finsteren Gesichter, die Du uns die letzten Tage geschnitten."

„Hab' ich gar so finster ausgesehen?"

„Ja, das hast Du, Hans," bestätigte auch die Mutter, „und das arme Fränzchen hat mir schon deshalb ein paar Mal ihr Leid geklagt."

„Gut also, das ist abgemacht!" rief Hans. — „Aber wie ist es, Rauten, gehst Du morgen früh mit zur Leiche? Ich werde selber ein paar Worte am Grabe Dürrbeck's sprechen."

„Du, Hans?" rief die Mutter erschreckt; „aber mit solchen Dingen solltest Du Dich nicht befassen. Er ist ja doch nun einmal keinen ehrlichen Tod gestorben."

„Nein, Mama, da hast Du Recht," sagte Hans bitter, und er wagte in diesem Augenblicke nicht, Rauten anzusehen, denn er würde sich im Nu verrathen haben; „aber er war trotzdem ein braver, ehrlicher Mann, und gebe Gott, daß wir Alle einst mit einem so reinen Gewissen vor Gottes Richterstuhl treten können, wie mein armer Bernhard."

„Hans, schäme Dich, so etwas zu sagen," tadelte die Mutter, „es war ein Selbstmörder."

„Ja," nickte Hans, „aber wir wissen nicht, was ihn dazu getrieben, und ob wir nicht in ähnlichen Verhältnissen auch so gehandelt haben würden."

„Ein wahrer Christ wird nie Hand an sich selber legen," sagte die Mutter, „denn sein Glauben und die heilige Schrift hindern ihn daran."

„Reden wir nicht weiter davon, Mutter," wehrte Hans ab, „unsere Meinungen weichen da zu weit auseinander, und ich möchte Dir nicht wehe thun oder Deine Gefühle verletzen. Also gehst Du mit, Rauten? Um sieben Uhr sollen wir uns vor Dürrbeck's Wohnung sammeln."

„Ich weiß nicht, Hans," sagte der junge Graf; „einmal war ich mit Hauptmann Dürrbeck kaum oberflächlich bekannt, und dann muß ich Dir auch aufrichtig gestehen, ich bin kein besonderer Freund von solchen Demonstrationen. Ich will den Geschiedenen nicht verdammen, aber ich möchte auch nicht dazu beitragen, ihm eine Ovation zu bringen. Bitte, entschuldige mich; ich ziehe vor, während der Zeit des Begräbnisses noch im Bett zu bleiben, denn morgen bekommen wir einen lebendigen Tag, und ich möchte meine Kräfte da ein wenig schonen."

„Gut. Wie Du willst!" sagte Hans ruhig; „es ist ja auch nur ein vollkommen freiwilliger Zug, der sich anschließt, und Jemanden, der nicht mit Herz und Seele dabei wäre, könnten wir deshalb nicht gebrauchen. Aber jetzt, Mama," setzte er, vom Tische aufstehend, hinzu, „will ich draußen im Garten meinen Kaffee trinken und meine Zigarre rauchen. Nachher gehe ich noch meinen Beschäftigungen nach, damit ich heute Alles erledigen kann, und morgen, Papa, gehöre ich nur Euch und der Familie." —

Die Nacht war angebrochen; ein feiner, unangenehmer Regen sprühte auf die Erde nieder, und die Straßen von Rhodenburg hatten sich ziemlich geleert; man konnte wenigstens lange Strecken gehen, ehe man einem rasch vorübereilenden Wanderer begegnete. Nur ein Omnibus und ein paar einzelne Droschken rollten langsam durch die Straßen dem Bahnhof zu, denn die Zeit rückte heran, wo der letzte Personenzug heut Abend erwartet wurde, und ein paar Menschen mit Regenschirmen suchten sich verdrossen ihren Weg. — Und wie kalt der Regen niederkam; der Wind mußte sich gedreht haben, und der Mai suchte noch einmal die schon fast vergessenen Aprilstürme zu wiederholen.

Der Bahnhof selber, ein ziemlich großes, nicht unschönes Gewölbe von Eisen und Glas, lag in einem Halbdunkel; nur die Seite, an welcher der Zug eintraf, war erleuchtet, und einige Hausknechte und Eisenbahnbeamte trieben sich darauf herum. Auch einzelne Bewohner von Rhodenburg trafen ein, und in den Wartesälen befanden sich schon die Passagiere, die den Nachtzug zum Weiterfahren benutzen wollten; aber wie lange blieb der heute wieder einmal aus! Es schlug schon ein Viertel nach neun Uhr in der Stadt, wo er dem Fahrplan nach eintreffen sollte, und das Zeichen war noch nicht einmal herein, daß er von der letzten Station abgegangen, und von da brauchte er dann noch immer ganz gut zehn bis elf Minuten.

Endlich kam für Rhodenburg das Nachtsignal, daß der erwartete Zug die letzte Station verlassen habe und also in etwa zehn Minuten dort eintreffen würde. Die Gepäckträger rollten auf ihren kleinen Karren die hier aufgegebenen Gepäckstücke heraus. Vornehm zwischen ihnen hin bewegten sich die Postbediensteten mit ihrem unter Verschluß gelegten Karren und hielten an der ungefähren Stelle, wo sie gewöhnlich das Postkoupee erwarteten. Aber noch wurde kein Zeichen mit der Glocke für die Passagiere gegeben; nicht eher, als bis der Zug in Sicht kam, war es noch Zeit genug, denn die Ankommenden mußten erst aussteigen, ehe man neue Passagiere einnehmen konnte.

Auf dem Perron hin schritt ein junger Mann in einem dunkeln Paletot, seinen Regenschirm in der Hand; er warf den Blick umher und fand bald, geduldig an einen der eisernen Pfeiler gelehnt, eine kleine, verwachsene

Kommunales.

Das Bauprojekt für die Markthalle in der Dorotheenstraße hat in Folge der ministeriellen Entscheidung vom 22. April 1885 mehrere Abänderungen erlitten. Zunächst erhält das Vorderhaus an der Dorotheenstraße eine lichte Portalbreite von 4,50 Meter anstatt 4,00 Meter. Ferner ist die beabsichtigte Ueberdeckung des Hofes mit einem Glasdach auf Verlangen des Polizeipräsidiums aufgegeben worden, da dasselbe darin wegen der bei Ausbruch eines Feuers zu befürchtenden Rauchentwickelung eine Gefahr für das flüchtende Publikum erblickte. Endlich ist das projektirte dritte Geschoß fortgefallen, da die Höhe des Gebäudes die Straßenbreite nicht überschreiten darf. Bei dem Vordergebäude am Reichstagsufer ist die lichte Breite des Portals der ministeriellen Entscheidung gemäß gleichfalls auf 4,5 Mtr. erhöht. Auf die Markthalle selbst ist das Ministerialreskript insofern von Einfluß gewesen, als das Portal nach der Dorotheenstraße auf 7,50 Meter verbreitert worden ist. Ferner sind die Dachflächen mit Aufstiegen für die Feuerwehr versehen und durch einen unverbrennlichen Steg über dem First der erhöhten Mittelhalle in kleinere Flächen getheilt. Nach den speziellen Berechnungen stellen sich die Gesammtkosten für diese Markthalle nunmehr auf 754 800 Mk., d. h. 192 000 Mk. mehr als sie nach dem Kostenanschlag betrugen.

Der Gewerks-Krankenverein. Aus der Gewerbe-Deputation des Magistrats bringt die „Voss. Ztg." nachstehenden Bericht:

Das Reichsgesetz vom 15. Juni 1883, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, enthält in seinem Paragraph 46 die Bestimmung, daß sämmtliche oder mehrere Ortskrankenkassen innerhalb des Bezirks einer Aufsichtsbehörde, durch übereinstimmende Beschlüsse ihrer Generalversammlungen zu einem Verbande sich vereinigen können zum Zwecke der Abschließung gemeinsamer Verträge mit Aerzten, Apotheken und Krankenhäusern. Für Berlin bestand bereits seit einer längeren Reihe von Jahren ein solcher Verband, der auf Grund eines Ortsstatuts errichtete Gewerks-Krankenverein, der sämmtliche ortsstatuarischen Gesellen- und Gehilfen-Krankenkassen umfaßte. Die ortsstatutarischen Kassen mußten aber auf Grund des Gesetzes bis zum 1. Dezember 1884 in Ortskrankenkassen umgewandelt werden, da an diesem Tage die Zwangsversicherung der Arbeiter eintrat. Da der bisherige Gewerks-Krankenverein sehr erfolg- und segensreich gewirkt hatte, so entstand die Frage, ob nicht diese Institution, welche auch in den Rahmen des neuen Krankenkassen-Gesetzes hineinpaßte, zu erhalten sei und derselben alle in Ortskrankenkassen umgewandelte ortsstatutarischen Kassen und die noch neu zu errichtenden Ortskrankenkassen zuzuweisen seien. Auf eine auf Veranlassung der Gewerbedeputation vom Magistrat an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg gerichtete Vorstellung genehmigte dieser das Fortbestehen des Gewerks-Krankenvereins vorbehaltlich der sich ergebenden nothwendigen Neueinrichtungen. Mit Ausnahme der Ortskrankenkasse der Phhotographen mit 850 Mitgliedern, welche eigene Aerzte engagirt hat, sind sämmtliche 68 Ortskrankenkassen, sowie auch diejenige der Gemeinde-Krankenversicherung dem Gewerks-Krankenverein beigetreten. Es hat indeß neuerdings eine der neu eingerichteten, die der Wäschefabrikation, den Beschluß gefaßt, ihre vorläufig bis zu ihrer Konsolidation erklärte Zugehörigkeit zum Gewerks-Krankenverein wieder aufzugeben, weil von vornherein beabsichtigt war, für ihre fast ausschließlich aus weiblichen Personen bestehenden Mitglieder, nahezu 5000, eigene Aerzte, und zwar speziell Frauenärzte, zu engagiren. Ob durch diese Einrichtung den Mitgliedern dieser Kasse die Krankenpflege nicht erheblich vertheuert, und, da für ganz Berlin nur die Anstellung von sechs Aerzten in Aussicht genommen ist, eine prompte ärztliche Hilfe wird ermöglicht werden, muß freilich vorläufig dahingestellt bleiben. Die im Reichsgesetz über die Krankenversicherung der Arbeiter ausgesprochene Zwangsversicherung derselben führte alle hier beschäftigten Arbeiter, auch wenn sie die in den früher giltigen Statuten festgesetzte Altersgrenze, welche sie von der Erwerbung der Mitgliedschaft der Kasse ausschloß, überschritten hatten, den Kassen wieder zu, so daß vom 1. Dezember 1884 ab, mit welchem Tage die Zwangsversicherung in Kraft trat, die Mitgliederzahl einzelner Kassen sich verdoppelte. Während die Mitgliederzahl der dem Gewerks-Kranken-Verein zugehörigen Kassen Ende November 1884 etwa 92 000 betrug, wuchs die Zahl Anfangs Januar dieses Jahres auf 140 000 und hat sich bis Mitte Mai dieses Jahres trotz des Abganges der nahezu 5000 Mitglieder der Ortskrankenkasse für Wäschefabrikation auf 175 000 erhöht. Diese ganz enorme Steigerung der Mitgliederzahl, welche die Arbeitskräfte der Kassenvorstände und Verwaltungen aufs stärkste in Anspruch nahm und die Gewerbe-Deputation als Aufsichtsbehörde zu ununterbrochenem Eingreifen zwang, war für diese zugleich Veranlassung, Einrichtungen zu treffen, um auch eine ausreichendere, schnellere und billigere ärztliche Hilfe für die erkrankten Kassenmitglieder zu beschaffen. Es ergab sich, daß die bisherige Eintheilung der Stadt in 43 Medizinalbezirke mit je einem Arzt ganz unzulänglich war, und daß die vorhandenen Gewerksärzte nicht im Stande waren, den Andrang der Kranken zu bewältigen. Es mußte deshalb eine Neueintheilung der Medizinalbezirke und eine erhebliche Vermehrung des Aerztepersonals, sowie eine feste und angemessene Besoldung derselben in Aussicht genommen werden. Das Resultat der Berathungen und der überaus schwierigen Feststellungen war, daß im Ganzen 74 Medizinalbezirke eingerichtet, in die die sämmtlichen Vororte Berlins hineingezogen wurden, weil ein großer Theil der in Berlin beschäftigten Arbeiter in diesen Vororten wohnt. In die Neu-Eintheilung sind hineingezogen: Stralau, Markgrafendamm, Rummelsburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Friedenau, Tempelhof, Mariendorf, Nieder-Schönweide, Alt- und Neu-Weißensee, Neu-Berlin, Hohen-Schönhausen, Tegel, Tegeler Chaussee und Dalldorf. Für diese sind die in den genannten Orten selbst oder doch in unmittelbarer Nähe wohnenden Aerzte für den Gewerkskrankenverein gewonnen. Ueberhaupt sind alle Medizinalbezirke deshalb so klein abgegrenzt, damit der Arbeiter in allen Bezirken in längstens 10 Minuten zum Arzt gelangen kann. Auch ist jeder Gewerksarzt gehalten, innerhalb seines Medizinalbezirkes, wo möglich in der Mitte desselben, eine feste Wohnung zu nehmen und bestimmte Sprechstunden zu halten, und zwar mit Rücksicht auf die Arbeiter, welche während der Frühstücks- und Vesperpause am wenigsten Zeit versäumen, Vormittags von 8 bis 9 und Nachmittags von 4 bis 5 Uhr. Die Aerzte werden mit einer dreimonatlichen Kündigungsfrist angestellt, und erhalten nicht für jede Einzelleistung Honorar, sondern, soweit sie Medizinalbezirke innerhalb des Weichbildes von Berlin verwalten, beziehen sie ein Minimalgehalt von 1200 Mark jährlich, welches sich von 3 zu 3 Jahren um 300 Mark, bis zu einem Maximalgehalt von 2400 M. erhöht. Die in den Außenbezirken und Vororten angenommenen Aerzte erhalten, je nach dem Umfange ihrer Thätigkeit, 50 bis 750 M. jährlich unter denselben Bedingungen wie in der Stadt. Seit dem 1. Januar d. Js. sind bereits einer größeren Anzahl älterer Gewerksärzte die höheren und höchsten Gehälter gewährt. Trotzdem stellen sich aber für das laufende Jahr die Arzthonorarkosten für den Kopf der Kassenmitglieder des Gewerks-Kranken-Vereins auf nur 80 Pf., während allerdings die zu diesem Verein vereinigten Apotheken Berlins für das erste Quartal d. Js. für Arzneirechnungen etwa 100 000 Mk. zu fordern hatten. Hierzu muß indeß bemerkt werden, daß nach den der Gewerbe-Deputation zugehenden Nachrichten die verwerfliche Sitte des Simulirens von Krankheiten bedenklicher Weise zugenommen hat, und daß es daher Aufgabe der Kassenvorstände sein wird, um die Kasse vor großen Verlusten durch die Simulanten zu schützen, möglichst streng bei Ertheilung der Krankenscheine zu verfahren und eine recht spezielle Kontrole über die Hauskranken auszuführen. Von den 68 Ortskrankenkassen hatten am 15. Mai d. J. 18 einen Vermögensbestand noch nicht angesammelt, während die übrigen sich im Besitze eines solchen zusammen im Betrage von 1 009 880 M. befanden. Außer den 68 Ortskrankenkassen mit 175 000 Mitgliedern sind noch 7 Betriebs-Krankenkassen mit 14 630 und die Ortskrankenkasse der Gemeinde-Krankenversicherung mit 285 Mitgliedern errichtet, so daß die Gesammtzahl der Kassenmitglieder sich auf rund 190 000 beläuft. Die größte Anzahl von Mitgliedern hat die Allgemeine Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter. Sie betrug am 15. Mai d. J. 56 157. Die Kasse hatte einen Vermögensbestand von 237 800 M.

Die Schlachtungen auf dem Zentral-Schlachthof nehmen immer größere Dimensionen an, in Folge dessen mehrere Einrichtungen auf dem Zentral-Viehhofe nicht mehr ausreichen. Das Kuratorium des städtischen Zentral-Vieh- und Schlachthofes hat daher beim Magistrat einen Antrag gestellt auf die Erbauung noch einer Schweine-Verkaufshalle, auf Einrichtung von neuen Lokalitäten für die Trichinenschau und auf einen Anbau von drei Bureaus des Schlachthof-Inspektors. Die neue Schweinehalle soll namentlich zur Aufnahme von Schweinen, welche von der Klauenseuche befallen worden, die namentlich unter den auf den hiesigen Markt gebrachten ausländischen Schweinen zu herrschen pflegt, dienen; sie soll zur Aufnahme bis zu 2600 Stück Schweinen eingerichtet und von drei Seiten mit offenen Buchten versehen werden, um den Thieren das erforderliche Sandlager zu verschaffen. Zur Vermehrung der Trichinenbeschauer-Lokalitäten soll der unter der Rinderhalle befindliche und äußerst selten zu Fouragezwecken benutzte Raum eingerichtet werden. Der Magistrat hat beschlossen, die Anträge des Kuratoriums zu genehmigen und hat bestimmt, daß die Baukosten für die Schweinehalle, welche auf 130 000 M. berechnet sind, aus den Ueberschüssen des Viehhofes, während die Kosten für die Lokalitäten der Trichinenschau und des Anbaues zur Vergrößerung der Bureaus des Schlachthaus-Inspektors, welche mit 4200 resp. 3900 M. berechnet sind, aus den Ueberschüssen des Schlachthofes entnommen werden sollen.

Von den Tegeler Wasserwerken. Das Kuratorium der städtischen Wasserwerke hat dem Magistrat angezeigt, daß die Erweiterungsbauten bei den Tegeler Wasserwerken voraussichtlich am 8. Juli cr. werden in Betrieb gesetzt werden können. Die bestehenden Einrichtungen würden bis dahin wohl im Stande sein, der an sie gestellten Anforderung zu genügen, da sie wöchentlich 750 000 Kubikmeter Wasser lieferten, während der Meistverbrauch bis jetzt nur 747 000 Kubikmeter war. Die Zahl der an die Wasserleitung angeschlossenen Grundstücke betrug am 11. Juni 1883 17 786, während die Zahl der angeschlossenen Grundstücke am 11. Juni 1885 auf 18 343 festgestellt worden ist.

Lokales.

Zum Maurerstreik bringen die konservativen Blätter folgende (ihnen aus dem kgl. Polizeipräsidium zugegangene) Notiz: „Der große Berliner Maurerstreik lenkt nach den neuesten Nachrichten schnell in Bahnen ein, in welchen bereits mancher Streik sehr zum Nachtheil derer, die sich blindslings der Führung sozialdemokratischer Agitationen anvertraut hatten, ein jähes Ende gefunden hat. Wir meinen die Ueberschreitung derjenigen Grenze, welche für die gesetzlich gewährleistete Koalitionsfreiheit durch § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung gezogen ist, damit die Ausführung dieses Rechts nicht in brutalen Terrorismus and direkte Unterdrückung der persönlichen Freiheit des einzelnen Arbeiters ausartet; ist es doch die rücksichtslose Unterordnung der letzteren unter das vermeintliche Interesse der Gesammtheit, welche bei jedem Streik von den Führern mit mehr oder weniger gewaltsamen Mitteln erzwungen werden soll. Das Gesetz verbietet unter Strafandrohung, jemanden durch Zwang, Drohungen, Ehrverletzung oder Berufserklärung zur Theilnahme oder Befolgung von Streik-Verabredungen zu bestimmen, oder durch solche Mittel am Rücktritt von getroffenen Verabredungen zu hindern, ebenso den Versuch solcher Handlungen. Die Erfahrungen der letzten Jahre, die zahlreichen Prozesse, die mit Verurtheilungen zu empfindlichen Gefängnißstrafen geendigt haben, sollten die Berliner Arbeiter darüber belehrt haben, daß unsere Behörden mit Ernst und Entschiedenheit auf die Befolgung des Gesetzes zu halten sich angelegen sein lassen und Ruhe und Ordnung bei Streiks unter allen Umständen aufrecht zu erhalten gewillt sind. Reichen die gewöhnlichen Mittel polizeilichen Einschreitens dazu nicht aus, so ist im Bezirk des sogenannten kleinen Belagerungszustandes durch die Ausweisungsbefugniß der Landespolizeibehörde eine Waffe in die Hand gegeben, von der sie gegenüber gesetzwidrigen Streiks — wir erinnern nur an die Fälle Lücke und Kunow — Gebrauch zu machen kaum Bedenken tragen dürfte. — Auf der anderen Seite sind, wie wir von zuständiger Seite erfahren, zum Schutz etwa zureisender fremder Maurer wie aller derjenigen Arbeiter, welche die Arbeit fortsetzen oder wieder aufnehmen wollen, gegen Terrorisirungsversuche und gesetzwidrige Beeinflussungen von Seiten der Streikenden auf den Baustellen und sonst in der Stadt die umfassendsten polizeilichen Vorkehrungen getroffen, so daß Maurer, welche zu arbeiten bereit sind, gegen Beeinträchtigungen ihrer persönlichen Freiheit von Seiten ihrer Berufsgenossen eines wirksamen polizeilichen Schutzes sich versichert halten dürfen."

r. **Allerneuester Bacillus!** Wieder ist es ein Berliner Gelehrter, der ihn entdeckt hat, nämlich Herr Dr. med. Lorenz, der bei seinen Reisen in Afrika fand, daß das den Forschungsreisenden und kolonisirenden Auswanderern so gefährlich werdende Malariafieber durch einen Spaltpilz verursacht wird, der in dem Blute der Erkrankten zu finden ist. Herr Dr. Lorenz hat hierüber dem Verein für Handels-Geographie eingehende Mittheilung gemacht; er hat gefunden, daß Erkrankungen in Folge des Malaria-Spaltpilzes zweckmäßig mit Ozon geheilt werden können und schlägt dessen Erzeugung bei solchen Fieberfällen aus gewissen medizinischen Substanzen vor. Eine bestimmte äußerliche Farbe hat der Entdecker bei dem Malariapilz nicht finden können; er scheint also, ebenso wie der Koch'sche Cholera-Pilz farblos zu sein. Da nun aber doch nach den im Publikum üblichen Begriffen jedes Ding eine Farbe haben muß und wäre es auch nur eine eingebildete, so ist man geneigt, der neu entdeckten kleinen Bestie eine kolonialpolitische Schattirung zu geben, und zwar in doppelter Färbung: So lange der Malaria-Bacillus lebt und durch fortgesetzte Spaltung sich vermehrt, ist er kolonial- und reichsfeindlich, sobald er aber durch Ozon vernichtet wird, nimmt er eine kolonialfreundliche und reichstreue Färbung an. Das kleine Vieh hält danach den Grundsatz in Ehren, während seines ganzen Lebens nur eine politische Färbung zu haben, was die höher organisirten Wesen bekanntlich nicht immer behaupten können.

r. **Jene bekannten Schwindelauktionen,** die bis vor einigen Jahren in den belebteren Theilen unserer Stadt stark im Gange waren, und die man eigentlich als eine besondere Spezialität des Berliner Bauernfanges bezeichnen konnte, machen sich in den letzten Tagen wieder bemerklich, nachdem es der Presse und dem thatkräftigen Eingreifen der Polizei gelungen war, diesen dreisten und gemeingefährlichen Schwindel zu beseitigen. In der Kommandantenstraße, in der Zimmerstraße und in einigen anderen Theilen der Friedrichstadt hörte man in den letzten Tagen aus einigen verdächtig aufgeputzten Laden-Lokalitäten heraus das bekannte, weithin tönende: „Zum ersten, zum zweiten, zum dritten und —" erschallen. Der Schwindel

---

stalt, die in ihrem dünnen Röckchen auch die Unannehmlichkeit des Wetters zu empfinden schien.

„Herr Mux?"

Der Kleine, der wohl die nahenden Schritte gehört, aber nicht darauf geachtet hatte, schrak schon bei der Stimme, die seinen Namen nannte, empor und schaute bestürzt zu dem Herrn auf.

„Sind Sie schon auf Ihrem Posten?" sagte dieser freundlich. „Ich habe mir aber überlegt, daß ich Ihnen lieber Gesellschaft leisten will, denn es kann Manches vorfallen, worin Sie sich nicht zu helfen wissen. Ich glaube überhaupt kaum, daß die Dame der deutschen Sprache mächtig ist."

„Ich verstehe Englisch, Herr von Solberg," sagte Mux leise.

„In der That, das habe ich nicht gewußt, dann wäre meine Gegenwart vielleicht nicht nöthig gewesen; aber da ich gerade hier bin, kann ich die Dame auch eben so gut mit erwarten. Fühlt sie sich nicht zu angegriffen von der Reise, so ist es vielleicht noch möglich, Einiges mit ihr auf morgen zu besprechen. — Aber da kommt der Zug! Da geht auch schon die Glocke — und nun, Herr Mux, seien Sie so gut und passen Sie dort auf die Kupees zweiter und erster Klasse auf, ich werde mich hierher stationiren und sehen, ob ich die Dame treffe. Wer ihr aber von uns begegnet, wartet auf den Andern, nicht wahr?"

„Gewiß, Herr von Solberg."

Rasches, heftiges Läuten auf dem Perron. Aus den Wartesälen zweiter Klasse drängen sich Herren mit Reisesäcken und Handkoffern, mit Schirmen und Stöcken, die quer vor die Thür kommen und den ganzen Gang blokiren, mit Fußsäcken und anderen Reise-Utensilien heraus; aus dem dritter Klasse kommen Leute mit Körben, Säcken und manchmal sogar mit Kisten, die sie, um ein paar Groschen Fracht zu ersparen, mit in's Koupee hineinzwängen wollen, von dem Schaffner aber regelmäßig zurückgewiesen werden und nun wieder in die Gepäck-Expedition stürzen.

Passagiere, viele noch in Pelzen, ihr Gepäck hinten nachschleifend, suchen die Restauration oder rufen nach einer Droschke; Hausknechte drängen sich zwischen sie und bieten unbekannte Hotels an — zehn Minuten Aufenthalt — das drängt und wogt Alles durcheinander und schreit und schiebt, und dazwischen werden die Achsen geschmiert, Lichter nachgesehen, Gepäckkarren herüber und hinüber gerollt. Vorsehen! tönt der dumpfe, mürrische Ruf, denn die Passagiere sind ihnen, wie den Billardspielern beim Billard die Zuschauer, immer im Wege. Das schreit und lacht durcheinander — hier nimmt eine Mutter Abschied von ihrem Sohne, dort kommt der Vater von längerer Reise zurück, kurz, zahllose kleine Gruppen bilden sich, die aber mit dem Glockenzeichen auch im Nu wieder wie in Luft zerfließen.

Zwei Schläge — Einsteigen! — Der Zug hat sich verspätet und kann nicht einmal seine eigentlich bestimmten zehn Minuten einhalten; ob die Passagiere Zeit bekommen, etwas zu verzehren, bleibt sich vollkommen gleich, denn Andere harren schon wieder in fernen Städten auf das eiserne Dampfroß und es darf nicht länger säumen.

Hans sowohl wie Mux hatten sich indessen mitten in das dichteste Gewühl gestürzt, um die erwartete Dame zu finden — Hans besonders in Todesangst, daß sie am Ende noch einmal verhindert worden sein sollte, zu kommen, und der morgende Tag mußte ja in seiner Familie die Entscheidung bringen. Es ließ sich nirgends in einem der Koupees, die sie beaufsichtigten, eine Dame blicken, die allein war und dem Bilde entsprach, daß sich Beide, wenn auch Jeder verschieden, von ihr gemacht. Ueberall, wenn sie auch schon glaubten, sie hätten die Betreffende gefunden, wurde sie schon von Verwandten oder Freunden begrüßt und zeigte dann, daß sie sich in Deutsch, als ihrer Muttersprache, unterhielt.

Eine Menge Leute verließen dabei den Bahnhof, die Mitpassagiere waren schon eingestiegen, die Pfeife des Oberschaffners schrillte ihren trillernden Laut — ein Herr in weiten Pelzstiefeln kam noch in Todesangst, seinen Pelz im linken Arm, ein belegtes Butterbrod in der rechten Hand, angestürzt. Einer der Schaffner öffnete ihm eine Thür.

„Das ist nicht mein Koupee . . ."

„Wollen Sie mit?"

Die Lokomotive that einen grellen Pfiff und der Zug einen Ruck. Der Herr mit den Pelzstiefeln und dem Butterbrod warf sich kopfüber in den offenen Wagen — noch ein Ruck, und langsam erst, dann immer schneller setzte sich der Zug in Bewegung, bis er draußen vor dem Bahnhof erst in Schwung kam und nun mit keuchendem Athem und roth und unheimlich glühenden Augen hinausstürmte in die dunkle Nacht.

Hans stand in Verzweiflung, und als Mux jetzt zu ihm trat, sagte er, mit der Hand durch die Locken fahrend: „Und was nun? Sie ist richtig nicht gekommen. Was machen wir jetzt? Das Beste ist, wir telegraphiren gleich."

„Was ist das für eine Frau, die da drüben steht?" sagte Mux, der den Blick über den Perron warf und eine dunkle Gestalt bemerkte, die, wie es schien, in sehr dürftiger Kleidung dort stehen geblieben war und augenscheinlich auf Jemanden wartete.

Hans warf den Blick hinüber. „Das ist eine Frau, die aus der dritten Klasse ausgestiegen ist; sie sieht zerlumpt und elend aus. Es ist nicht die, welche wir erwarten. Nicht wahr, Ihr Notar weiß die Adresse in Hamburg — wenn wir nun gleich telegraphirten?"

„Ich werde mir doch die Frau dort einmal genauer ansehen," sagte Mux, der sie indessen nicht aus den Augen gelassen hatte, ohne daß sie sich aber auch nur im Geringsten bewegte. Nicht einmal den Kopf wandte sie weder nach rechts noch links und schien in voller Geduld der Dinge zu harren, die da kommen sollten.

„Sie glauben doch nicht, daß das die Lady ist?"

„Nein; aber sie kann Jemanden dort gelassen haben, um sie Suchenden Auskunft zu geben, während sie selber in die Restauration gegangen ist."

„Das wäre möglich," sagte Hans, und Mux war auch schon unterwegs und ging direkt auf die dort noch immer allein stehende Frau zu, die nur, als er sich näherte, ihren Blick fest auf ihn richtete.

(Fortsetzung folgt.)

zeigte so vollständig seine frühere Physiognomie, daß ein Berliner darauf wohl kaum hineinfällt; der Unternehmer in der Kommandantenstraße mußte sogar zeitweise seine Versteigerungen einstellen, denn die Unterhaltung des vor dem Schaufenster angesammelten Publikums verrieth eine deutliche Neigung desselben, die Versteigerung zu unterbrechen und dem Auktionator den Gesammt-Zuschlag zu ertheilen. Bei dem gegenwärtigen Fremdenverkehr sind diese Schwindelunternehmen wohl hauptsächlich auf den Reinfall der Fremden berechnet, und diese mögen deshalb besonders gewarnt sein.

Das Berliner Leitungswasser enthält keinerlei gesundheitswidrige Bestandtheile — das ist das erfreuliche Resultat der von dem gerichtlichen Chemiker Dr. Bischoff und dem Gesundheitsamt angestellten Analysirung und bakterioskopischen Untersuchung. Der Wortlaut des Befunds ist folgender: „Beschaffenheit des Wassers in gesundheitlicher Beziehung. Bei der Untersuchung der Wasserproben haben sich in keinem Falle Anhaltspunkte dafür ergeben, daß das Berliner Leitungswasser — sei es durch seine chemische Beschaffenheit oder durch seinen Gehalt an mikroparasitären Bestandtheilen — eine gesundheitswidrige Wirkung zu äußern im Stande war. Namentlich hat auch die Prüfung der im Leitungswasser vorkommenden verschiedenen Formen von Mikroorganismen auf pathogene Eigenschaften nichts ergeben, was den Verdacht der Gesundheitsschädlichkeit irgendwie begründen könnte." Der Stadtverordnetenversammlung ist in Bezug hierauf mit den entsprechenden Anlagen vom Magistat das folgende Schreiben zugegangen: „Auf Anregung des Herrn Ober-Präsidenten Dr. Achenbach, welcher in unserem Berichte vom 3. März 1883, betreffend die Entwässerungsverhältnisse von Falkenberg — Bürgnersfelde und deren Einfluß auf die Wasserversorgung Berlins, eine regelmäßige bakterioskopische Untersuchung des hiesigen Leitungswassers vermißte, haben wir diese Untersuchungen nebst der bis zum 1. Juli pr. von Dr. Bischoff ausgeführten chemischen Analysirung von letztgenanntem Datum an nach vorheriger Vereinbarung dem kaiserlichen Gesundheitsamt übertragen. Diese Untersuchungen dauern auch jetzt noch fort, und sind uns die für den Zeitraum vom 1. Juli pr. bis 31. März cr. gewonnenen Resultate in der anliegenden Besprechung vom 4. Mai d. J. nebst zwei Anhängen — welche Schriftstücke wir zu unseren Akten zurückerbitten — übersandt worden. Der Stadtverordneten-Versammlung verfehlen wir nicht, diese Schriftstücke zur gefälligen Kenntnißnahme vorzulegen, aus welchen sich zu unserer Freude ergiebt, daß der Befund nach allen Richtungen hin ein überaus günstiger ist. Es ist demnach — wie auch in der Besprechung selbst angenommen wird — mit Zuversicht zu hoffen, daß das Wasser im Rohrsysteme der Stadt, nachdem demselben noch längere Zeit hindurch nur filtrirtes Wasser zugeführt worden, immer mehr an Reinheit gewinnen wird. Um hierüber weitere Gewißheit zu erlangen und um über den Zustand des Wassers nach den bisher der Beobachtung unterzogenen Richtungen hin immer unterrichtet zu sein, haben wir beschlossen, die Untersuchungen zunächst noch auf ein Jahr in dem bisherigen Umfange fortsetzen zu lassen, welche nach Mittheilung des Kaiserl. Gesundheitsamts von diesem auf das am 1. Juni cr. neuerrichtete hygienische Laboratorium der Universität übertragen worden sind, hier aber in der bisherigen Weise werden ausgeführt werden. Berlin, den 13. Juni 1885. Magistrat hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt. gez. v. Forckenbeck.

R. **Glücklicherweise ist es gelungen**, eines Wüstlings noch vor der Ausführung seiner schändlichen Absichten habhaft zu werden. Am Montag bald nach 2 Uhr Nachmittags hatte man einen Mann bemerkt, welcher sich in auffallender Weise mehreren kleinen Mädchen in der Hermannstraße in Rixdorf näherte. Bald wurde man gewahr, daß er sich namentlich mit der 7 Jahre alten Anna Th. zu schaffen machte und dieselbe in auffälliger Weise an die Brust faßte. Als der Unbekannte sich beobachtet sah, entfernte er sich schleunigst. Das Mädchen gestand auf Befragen ein, daß er ihr Murmeln versprochen habe, wenn sie seine Handgreiflichkeiten gestatte. Von mehreren Leuten verfolgt, wurde jener bald eingeholt und nach dem Amtsbureau gebracht. Seinen dort gemachten Angaben nach heiß er Stephan, wohnt in der Simeonstraße zu Berlin bei seiner Ehefrau, ist 41 Jahre alt und bereits längere Zeit ohne Arbeit. Derselbe Mensch soll bereits im April in derselben Gegend mit einem zehnjährigen Mädchen unter verdächtigen Umständen bemerkt worden sein.

Gerichts-Zeitung.

Reichsgerichtsentscheidung. Wegen Wahlfälschung ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, III. Strafsenats vom 12. März 1885, auch derjenige zu bestrafen, welcher einen Stimmzettel für einen Anderen unter Mißbrauch des Namens desselben abgegeben hat, selbst wenn er demselben Kandidaten die Stimme gab, dem der Berechtigte sie gegeben hätte. „Es kommt rechtlich überhaupt nicht darauf an, zu untersuchen, wie der von Sch. (dessen Name gemißbraucht worden ist) persönlich abzugeben gewesene Wahlzettel gelautet haben würde, und an dieser absolut unbestimmbaren Hypothese zu prüfen ob der Wahlkandidat H. durch des Angeklagten Handlung mehr Stimmen erhalten hat, als er ohne diese Handlung erhalten haben würde. Entscheidend ist allein die vom Angeklagten vorsätzlich herbeigeführte Mitzählung der Sch.'schen Stimme, bez. des nach der Wahlverhandlung von dem Wähler Sch. abgegebenen Stimmzettels, obwohl Sch. thatsächlich sein Wahlrecht nicht ausgeübt hatte. Dieses Resultat der Wahlhandlung, bedingt durch Behandlung eines gesetzlich ungiltigen Wahlzettels als giltig, ist das positiv unrichtige Ergebniß, welches Beklagter durch seine trügerische Manipulation unmittelbar bewirkt hat, und welches vom § 108 Absatz 2 des Str.-G.-B. betroffen wird. Wenn, wie das R.-G. anerkannt hat (Entscheidung in Strafsachen Bd. 10 S. 60), schon die bewußte Ausübung eines materiell nicht bestehenden Wahlrechts ohne Anwendung von Täuschungsmitteln bei dem Wahlakte selbst, von der Strafbestimmung des § 108 Abs. 2 des Str.-G.-B. mit betroffen wird, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß die fraudulose Erschleichung eines Stimmrechts durch einen nicht Stimmberechtigten mittelst Annahme eines falschen Namens, fälschliches Auftreten als fremde Person und dergl. der Strafnorm unbedingt unterliegt. Nicht lediglich die formale und reglementäre, sondern ebensogut die gesammte materielle Legalität der Wahlhandlung mit ihren Ergebnissen hängt von der Richtigkeit der Identität der in den Wahllisten eingetragenen und der im Wahlakt hiernach ihr Stimmrecht ausübenden Wähler ab. Jede diese Identität alterirende Handlung alterirt materiell die Richtigkeit des Wahlergebnisses.

Russische Geheimpolizei. Vor den Schranken des Warschauer Gerichtshofes spielte sich soeben ein Prozeß ab, der auf die Thätigkeit der geheimen politischen Polizei in Rußland grelle Streiflichter wirft; die durch ihn zur öffentlichen Kenntniß gelangten Verhältnisse sind typisch und kommen an sehr vielen Orten, in denen Nihilistenspürerei getrieben wird, gar zu oft vor. Ein höherer Geheimpolizist in Warschau, Sikorski, konnte, wie es vielen russischen Beamten geht, nicht mit seinem Gehalt durchkommen und erfand bald die gewagtesten Spekulationen, um seine Einnahmen zu vergrößern. Als das Opfer seiner Erpressungssucht erkor er sich eines Tages den Arzt Dr. Hering. Letzterer hörte plötzlich, daß auf ihm ein schwerwiegender Verdacht der Angehörigkeit zur sozial-revolutionären Partei laste, ja, es sollten bereits in den Händen der Sicherheitsbehörde Beweise vorhanden sein, die seine Schuld als unzweifelhaft erscheinen ließen. Zur rechten Zeit stellte sich auch der genannte Geheimpolizist Sikorski bei dem Dr. Hering ein, und erbot sich, für die bescheidene Summe von 300 Rubeln die Sache todt zu machen, so daß der Verdächtige, über dessen Haupt das Damoklesschwert „Sibirien" schwebte, allen weiteren Unannehmlichkeiten entgehen würde. Der mit Sibirien bedrohte Arzt ließ sich indessen im Gefühle seiner Unschuld nicht einschüchtern und verweigerte dem Geheimpolizisten jeden Obulus. Er mußte die Folgen sehr bald verspüren; unabläßig fand er sich von der Polizei bewacht und von Geheimpolizisten auf Schritt und Tritt verfolgt. Um dieser peinlichen Lage zu entgehen, ließ er sich in Unterhandlungen mit dem Geheimpolizisten Sikorski ein; er zahlte ihm 100 Rubel und versprach, die weiteren 200 Rubel zu verabfolgen, wenn er die Gewißheit erlangen würde, daß die Polizei ihn unbehelligt lassen werde. Inzwischen besann sich der Geprellte eines Anderen und verweigerte die abgemachte restirende Summe. Wieder begannen die Belästigungen seitens der Geheimpolizisten und der ganzen Polizei, wieder wurde dem Opfer die alte Komödie vorgespielt; aus Korrespondenzen sollte seine Verbindung mit ausländischen Agitatoren hervorgehen. In seiner Verzweiflung entschloß sich der angebliche Revolutionär, den ganzen Vorfall dem Generalgouverneur vorzutragen. Nach einer komplizirten Untersuchung, in der der saubere Geheimpolizist von seinen Kollegen zu Ungunsten des Dr. Hering unterstützt wurde, klärten sich die Machinationen der Klique auf, und Sikorski erschien vor Gericht, angeklagt der Erpressung und Bestechlichkeit. Es hielt schwer, endlich wurde er doch vom Warschauer Gericht dieser Verbrechen überführt und in Folge dessen zum Verluste aller Rechte und zur Verschickung in das Gouvernement Tobolsk verurtheilt. Wer weiß, mit wie vielen Opfern seiner langjährigen Thätigkeit er dort zusammentreffen wird.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Die deutsche Eisenindustrie wird in einiger Zeit zeigen können, was sie vermag. In China geht man mit dem Plane um, endlich großartige Eisenbahnstrecken zu bauen. Die Nordamerikaner und Engländer sind schon auf dem Plane und werden sich alle Mühe geben, die Aufträge zu erhalten. Nun mögen die Deutschen einmal zeigen, was sie im friedlichen Wettbewerb mit den anderen Nationen können. Den Eisenproduzenten werden die subventionirten Linien nach Ostasien zu Gute kommen, die den Verkehr vermitteln werden. Bis jetzt hat man immer nur Klagen aus den Reihen der Großindustriellen vernommen, fortwährend haben dieselben nach Staatsschutz geschrien und sie haben ihn erhalten. Aber man sollte meinen, gerade diese Industrie habe in Deutschland die Kinderschuhe ausgezogen und werde sich jetzt selbst helfen können. Die Gelegenheit, das zu beweisen, ist eine günstige, wenn der reformatorische Gedanke in China, was wir hoffen wollen, zur That sich gestaltet.

Eigener Herd ist Goldes werth, schreibt Dr. Hirsch, der Harmonieapostel, in seinem „Gewerkverein" und ermahnt seine Anhänger dazu mitzuhelfen, daß sich die deutschen Gewerkvereine „in der Reichshauptstadt ein eigenes Heim errichten" können. Die Sache läßt sich sehr einfach in der Weise arrangiren, meint Mäxchen, wenn jedes Mitglied der Gewerkvereine die Kleinigkeit von einer Reichsmark dazu beisteuert! Angeblich sollen alle Gewerkvereine zusammen 56000 (?) Mitglieder zählen. Würde also jeder Gewerkvereinler eine Mark zahlen, so wären im Wege der „Selbsthilfe" 56 000 Märkchen flugs beieinander und Mäxchen könnte sein Haus ankaufen. Ob aber die Gewerkvereinler in der Lage und gewillt sind, ihr Geld in dieser überflüssigen Weise zu vergeuden? Freilich müssen sie es ja „dazu haben", denn der Gewerkverein hat erst in den letzten Wochen durch eine lange Reihe von Artikeln die Frage beantwortet: „Kann der Arbeiter sparen?" Nach Mäxchen sind die heutigen Löhne noch so hoch, daß der Arbeiter sparen kann und diese Ersparnisse soll er dann zur höheren Ehre und Herrlichkeit des Berliner Harmonie-Hirsches in einem „Gewerkschafts-Heim" anlegen! Sollte man es für möglich halten, daß Ausgangs des 19. Jahrhunderts derartige plumpe Humbugtreiber die Arbeiter in dieser Weise nasführen und verhöhnen dürfen?!

In Mecklenburg möchte man auch Arbeiterkolonien und Verpflegungsstationen gründen. Doch scheitert dies, da man keine Kommunalverbände hat und die gegenwärtige wunderliche Dreitheilung in Dominium, Ritterschaft und Städte ein gemeinsames Wirken nicht zuläßt.

Die Lothringer Eisenwerke haben über 200 Eisenarbeiter entlassen. Auch vom Rhein kommen trübe Nachrichten über die Lage der Eisenindustrie. Daß die Lage derselben in Oberschlesien eine traurige ist, haben wir schon mitgetheilt.

Das Kolonialfieber hat auch den Papst Leo XIII. ergriffen. Derselbe „arbeitet" an einer Idee, in den nordamerikanischen Freistaaten eine Ackerbaukolonie zu errichten. Es soll mit dem Papste an der Spitze eine große Aktiengesellschaft gegründet werden, welche ein großes unkultivirtes Terrain ankauft und durch Einwanderer, lediglich katholische Italiener urbar machen lassen will. Die Kolonisten sollen später das Land in Pacht bekommen.

Kopenhagen, 20. Juni. Der Töpferstreik ist in Folge von Maßregelungen wieder aufgenommen worden.

Vereine und Versammlungen.

Zum Maurerstreik in Berlin veröffentlicht die Streik-Kommission der Maurer Nachstehendes: Durch die zur Unerträglichkeit gewordenen Verhältnisse sahen wir, die Berliner Maurer, uns genöthigt, mit einer ganz bescheidenen Lohnforderung von 10 pCt. an unsere Meisterschaft heran zu treten, welche jedoch rundweg jede Unterhandlung mit unserer Lohnkommission ablehnte. Um uns Gehör zu verschaffen, sahen wir uns genöthigt, zur Waffe der partiellen Streiks zu greifen, welche jedoch den beabsichtigten Zweck verfehlten. Dieses einsehend, veranlaßten die Bundesmeister ihre Kollegen, welche bereits eine Zulage von 5 pCt. gegen den bisher bezahlten Lohn bewilligt hatten, diese wieder abzuziehen. Wir erachteten es nunmehr als unsere heiligste Pflicht, eine derartige Provozirung mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung zu beantworten, welche am 17. dieses Monats in der „Philharmonie", von 5000 im Saal (zirka 3000 auf der Straße) befindlichen Maurern fast einstimmig beschlossen wurde. 13 000 Maurer legten am 18. d. M. früh ihre Arbeit nieder. Freunde und Brüder! Wir sind in diesen ernsten Kampf, welchen wir auf friedlichem Wege zu schlichten uns bemühten, durch das Verhalten der Meister gedrängt worden. — Obwohl einige tausend unserer braven Kollegen durch die partiellen Streiks bereits über 3 Wochen arbeitslos sind, so haben dieselben bis dato heldenmüthig auf jede materielle Unterstützung verzichtet. Ein Beweis mit welcher festen Ueberzeugung sie den Fehdehandschuh aufgenommen haben. Bei langandauerndem Streik wird die Unterstützungsfrage aber doch zur Nothwendigkeit werden und wir appelliren hiermit an die Solidarität der Arbeiterschaft Berlins und Deutschlands. Alle Geldsendungen sind zu richten an die Lohnkommission der Berliner Maurer zu Händen des Herrn Schulz, Lothringerstr. 37; alle Briefe an C. Behrend ebendaselbst. Quittungen erfolgen in der Zeitschrift: „Der Bauhandwerker". Ueber etwa übersehene Quittungen wolle man sich an die Expedition genannten Blattes, Georgenkirchstr. 26, wenden. Mit Bruder-Gruß die Streikkommission der Berliner Maurer.

Gl. **Der Fachverein der Tischler** hielt am Sonnabend, den 20. Juni, in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28, eine außerordentliche General-Versammlung ab. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Frage einer auszuarbeitenden Petition an den Magistrat um Errichtung eines Gewerbe-Schiedsgerichts und beauftragte den Vorstand, eine diesbezügliche Petition auszuarbeiten und die Durchberathung derselben sowie die Diskussion über die Nothwendigkeit der Errichtung eines Gewerbe-Schiedsgerichts für Berlin auf die Tages-Ordnung der nächsten General-Versammlung am Sonnabend, den 4. Juli, zu setzen. Es schlossen sich hieran die Ergänzungswahlen des Vorstandes und wurde zum zweiten Vorsitzenden Herr Winter und zum Beisitzer Herr Boy für die aus dem Fachverein ausgetretenen Mitglieder Stellmann und Rödel gewählt. Es kam dann ein Flugblatt der Zentral-Lohnkommission der Tischler hierselbst zur Verlesung, in welchem der Fachverein in schmutziger Weise angegriffen wurde und wurde die Frage erörtert, ob die Mitglieder obiger Kommission noch als Kollegen im Fachverein betrachtet werden dürften. Es entspann sich hierüber eine lebhafte Debatte, die, da die Zeit schon zu weit vorgerückt war, in der nächsten Versammlung fortgesetzt werden soll. Weiter war ein Brief der Königsberger streikenden Kollegen eingelaufen, der anzeigte, daß sie bis dato 14 M. 20 Pf. von der Zentral-Lohnkommission erhalten haben. An den Fachverein wurden bis dahin ca. 258 Mk. an freiwilligen Beiträgen für auswärtige streikende Tischler abgeliefert, davon waren bereits 165 Mk. nach Königsberg abgesandt. Die Versammlung beschloß, die noch vorhandene Summe zur Hälfte nach Königsberg und zur Hälfte nach Dresden zu senden und mit der Zahlung freiwilliger Beiträge zu genannten Zwecken fortzufahren.

Würzburg, 20. Juni. In einer hier am 17. Juni abgehaltenen Schuhmacherversammlung sprach in längerer Rede Herr Reichstagsabgeordneter Bock-Gotha über die Lage des Schuhmachergewerbes, wobei er u. A. auch auf die Ausnahmegesetze zu sprechen kam. Der anwesende Polizeikommissar erhob sich und erklärte, die Versammlung schließen zu müssen, wenn die Tagesordnung nicht eingehalten werde. Darauf hin beendete Herr Bock seine Ausführungen. Die Theilnehmer trennten sich mit einem Hoch auf den Redner.

3. Klasse 172. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 23. Juni 1885.

Nur die Gewinne über **155** Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.

(Ohne Gewähr.)

10 131 61 80 87 348 72 86 [200] 95 455 66 80 98 557 90 666 700 39 839 73 80 94 923 [170] 38 77 78 93 1016 40 59 [170] 72 87 119 60 68 254 57 344 92 400 10 22 [170] 32 529 84 603 8 15 32 87 93 789 803 14 45 56 [240] 75 77 92 988 [170] 2033 [170] 40 135 217 48 304 29 99 409 647 52 94 736 86 900 33 63 3003 63 225 36 37 51 322 [170] 31 544 781 97 825 54 92 4074 80 94 160 234 [170] 36 311 36 [170] 51 86 89 429 63 607 [170] 68 770 77 85 813 23 54 940 58

5097 117 47 81 83 238 52 63 385 88 428 55 520 26 631 81 713 826 40 81 987 [170] 6031 76 243 51 77 403 11 26 534 84 604 [170] 19 35 42 700 [300] 11 83 [900] 885 920 24 78 97 7005 24 122 35 41 88 200 8 13 15 16 97 331 74 403 37 50 524 46 721 32 65 96 96 887 907 26 [170] 68 8043 53 57 75 83 102 41 74 93 256 307 35 45 402 543 605 38 71 712 881 95 912 9014 18 158 89 201 7 71 91 [170] 320 36 73 75 406 702 27 85 834 [300] 89 972 81

10015 29 149 61 83 337 437 534 62 614 59 99 704 43 49 902 21 29 35 11106 363 423 27 68 503 92 666 84 754 831 48 76 915 65 12007 20 [170] 67 94 96 134 75 296 366 411 17 52 58 84 503 [170] 49 687 701 10 834 89 926 52 81 13009 50 123 35 46 341 94 95 410 501 654 68 75 766 806 [170] 926 66 [170] 14196 98 264 68 81 393 418 95 543 79 616 25 33 79 88 701 59 75

15039 140 221 67 308 68 74 400 53 80 504 [170] 24 79 618 816 45 61 950 [170] 16070 125 78 239 70 330 37 421 33 [170] 48 509 16 73 606 31 93 760 829 57 75 951 52 58 17052 126 45 68 70 232 39 404 13 27 58 77 537 67 624 [170] 42 55 89 758 84 [170] 86 874 937 18023 43 75 93 174 226 45 48 350 83 86 [200] 97 [240] 424 91 92 563 78 95 612 28 44 53 711 801 43 996 19040 60 133 205 14 99 375 461 513 65 [200] 710 66 828 44 72 97 908 35 [170] 45

20059 92 106 260 316 32 66 75 78 401 55 75 547 62 623 45 [170] 742 [200] 96 827 28 907 21055 [200] 144 47 64 [170] 85 205 98 358 73 82 95 [170] 476 96 566 628 55 868 964 83 22222 44 52 314 42 46 75 78 82 405 17 82 83 547 672 [200] 720 817 71 99 931 41 72 23065 69 74 161 76 82 201 9 17 33 43 [170] 77 306 98 440 68 538 65 627 30 43 59 [170] 706 65 845 49 902 74 95 24060 131 34 [200] 270 419 31 82 96 542 667 86 712 867 905 87

25119 68 77 210 340 433 80 88 96 508 38 81 639 53 [240] 758 92 830 36 [170] 50 978 26038 92 132 218 305 459 543 611 56 706 73 832 33 45 92 95 [200] 98 954 85 95 27072 89 112 58 294 361 462 87 595 653 720 89 828 43 28040 91 152 58 75 291 330 459 581 82 720 96 [170] 820 29 66 97 929 67 29009 26 93 101 14 63 66 70 76 82 91 [170] 283 91 375 411 504 38 48 61 63 71 [200] 89 628 37 59 79 773 74 888 952

30191 94 98 265 388 [170] 401 5 14 17 60 507 74 95 707 96 829 47 [170] 919 31107 36 241 66 70 342 67 69 402 6 10 69 81 601 802 4 22 70 914 [200] 23 32063 110 80 84 334 93 410 588 619 37 49 59 80 844 64 74 79 911 12 49 63 87 33010 24 33 61 201 [170] 44 64 452 [170] 508 [170] 26 28 92 97 624 55 [200] 64 84 712 806 46 53 910 79 90 34046 62 138 44 212 [200] 55 65 303 27 39 54 458 561 663 712 800 67 927 41 75 [170]

35036 50 150 333 61 478 508 83 611 12 45 [200] 48 711 13 23 37 80 874 83 957 36026 69 103 372 [170] 86 [170] 404 564 72 821 32 43 962 37014 33 260 [170] 79 81 95 317 47 [200] 80 84 426 46 58 68 530 31 615 [200] 54 81 92 710 62 [1800] 79 848 913 62 38023 31 38 50 114 59 99 236 66 300 10 84 415 24 59 502 620 47 [200] 54 732 [170] 45 80 932 39 43 93 [170] 94 39063 88 100 35 206 57 66 77 303 505 23 62 65 652 743 [170] 47 904 37

40017 212 [240] 75 95 446 57 592 673 93 758 72 94 805 [300] 18 58 937 67 41165 259 75 304 453 83 87 548 642 768 907 17 [170] 24 49 42032 101 11 [240] 21 [170] 44 51 58 317 42 408 23 [170] 27 56 75 87 518 718 70 83 841 937 43022 38 40 128 32 83 217 63 70 300 430 [200] 87 569 685 806 65 958 90 44135 255 85 [170] 357 74 77 455 506 668 78 87 98 774 943

45004 [170] 41 58 134 [170] 48 [170] 228 491 505 598 610 764 72 74 78 815 18 930 84 46033 40 153 409 30 65 86 549 662 78 [200] 784 801 41 95 [170] 933 47008 35 89 109 38 [170] 45 82 339 64 76 58 67 605 85 93 714 889 954 48128 97 221 38 99 300 40 50 437 [170] 520 662 73 780 875 90 [170] 945 53 49040 41 85 94 347 67 464 98 589 615 42 795 856 62 93 906 84

50049 69 87 [200] 109 54 60 243 310 [170] 15 33 434 62 77 83 42 803 86 960 51100 9 28 205 20 328 [170] 402 52 55 609 90 722 49 73 839 61 72 9 3 [300] 89 52006 17 43 [200] 64 130 44 212 16 350 90 415 17 35 558 776 907 53191 282 307 20 29 35 36 53 79 66 91 608 74 709 [170] 68 98 907 52 54061 67 96 116 217 53 301 82 414 [200] 87 591 633 82 87 751 913 37 64

55017 51 86 91 128 221 93 358 [200] 66 404 5 42 72 653 794 [240] 65 86 917 24 [170] 56089 124 33 95 200 90 [170] 302 20 36 40 62 446 [200] 513 69 89 670 80 866 912 63 57042 57 [170] 117 31 248 67 308 34 92 422 33 45 48 74 91 514 34 42 48 95 625 708 10 59 94 878 924 58048 154 56 [170] 282 424 30 65 593 869 72 946 75 89 59 13 [240] 21 49 53 83 123 26 55 94 362 63 427 89 506 15 638 44 50 72 83 87 [200] 96

60037 79 84 98 [300] 101 33 74 245 [200] 343 71 449 515 42 72 94 620 63 792 803 6 15 81 936 42 47 90 61080 124 89 90 290 322 50 84 431 61 509 62 69 82 729 30 45 [170] 62 [240] 64 99 890 925 47 71 85 62023 78 87 [170] 113 91 211 65 70 322 37 92 438 41 [170] 96 533 57 80 612 [200] 46 68 75 87 714 907 17 70 63016 50 118 274 76 77 320 [1800] 34 56 85 403 692 17 31 41 710 16 31 41 856 912 64002 47 66 120 35 233 46 356 61 66 [170] 442 537 [200] 610 759 97 820 63 [170] 94

65003 32 60 68 76 80 116 44 47 278 87 364 88 440 92 529 68 610 28 35 42 80 [170] 720 30 61 72 876 969 66013 40 104 20 34 232 50 59 350 55 [200] 412 62 510 15 60 98 640 74 88 99 777 92 856 66 79 963 69 67089 264 331 34 410 38 71 98 517 89 600 12 31 54 834 84 86 97 910 16 69 68078 85 [240] 129 [170] 68 [170] 94 215 40 362 400 23 46 88 551 76 [240] 649 796 803 75 90 69020 58 69 223 28 54 80 307 28 463 66 562 66 99 681 724 44 54 79 318 19 968 70038 108 [170] 19 29 [200] 99 280 310 24 401 584 603 92 929 32 56 75 82 86 71007 23 216 20 65 354 90 451 567 [45000] 688 813 31 80 901 59 98 72053 113 214 23 65 314 15 91 455 73 74 84 12 59 88 98 620 755 71 822 [170] 37 52 97 932 73009 204 14 [170] 506 630 718 804 44 75 975 86 74025 46 124 [170] 212 421 [170] 618 784 811 15 911 31 52

75004 35 37 53 90 97 126 68 226 332 73 505 35 55 [300] 70 92 93 704 36 67 918 [170] 64 [170] 76024 35 101 23 36 44 228 68 86 398 473 586 89 95 603 19 47 729 74 81 855 921 45 77022 39 124 42 235 301 404 33 39 88 562 63 [200] 603 23 81 [200] 78040 [170] 62 93 123 52 81 91 96 202 6 58 333 98 99 440 16 [170] 24 81 711 93 833 [200] 71 90 907 26 83 93 79036 83 82 258 391 96 505 24 [300] 612 96 728 85 816

80070 97 [200] 106 26 [240] 212 326 54 64 69 418 554 73 617 64 723 25 54 851 960 81127 73 84 [200] 212 41 48 336 50 [3000] 427 603 15 61 764 69 847 903 4 36 82 94 82085 [170] 94 126 76 92 423 33 82 531 57 78 [170] 90 615 41 66 74 727 54 846 74 908 32 83038 [170] 87 130 59 [170] 86 219 38 [240] 362 87 96 414 [170] 519 71 658 73 [170] 811 21 [200] 27 44 916 46 [170] 47 76 93 99 100 18 51 56 97 314 455 95 526 300] 80 626 29 65 82 726 818 955 71

85129 43 97 241 48 82 99 363 96 413 53 [200] 527 86 637 61 704 57 833 934 86008 20 30 50 61 215 96 319 60 62 440 47 58 541 61 72 619 745 57 61 864 930 56 87010 52 74 113 50 55 95 340 [240] 76 82 403 45 49 520 26 34 68 615 19 737 812 17 21 72 79 88013 96 125 53 72 279 439 77 [240] 520 613 81 807 24 50 [170] 89177 [170] 229 54 [170] 85 338 81 83 402 511 12 34 43 652 58 21 720 39 87 847 80 924 35 73

90007 87 136 39 85 265 96 318 39 45 58 445 54 83 527 88 744 77 931 65 82 91127 208 95 336 53 78 421 67 95 671 76 [200] 98 75 92 834 35 40 74 81 95 939 92021 72 140 [300] 42 250 80 95 38 402 66 67 504 12 604 19 [170] 27 722 31 [170] 45 [170] 47 814 956 98002 12 137 40 62 84 232 424 73 557 65 643 46 747 810 86 [170] 89 99 94013 14 17 73 90 91 128 67 88 89 226 35 326 26 91 410 17 [170] 35 66 547 61 63 622 713 47 [1800] 810 52 928

Verantwortlicher Redakteur M. Grunspan in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2. Hierzu eine Beilage.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 144 — Mittwoch, den 24. Juni 1885. — II. Jahrgang.

Zwei Versammlungen

in Meerane am 16. und in Glauchau am 17. d. Mts. waren einberufen zum Zweck, Berichte über die Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten entgegenzunehmen.

Die erstere zu Meerane hatte ihr eigenes Schicksal, wie aus dem folgenden Schreiben des dortigen Stadtraths hervorgeht:

An
den Weber Herrn Franz Höfer
in Meerane.

Auf Ihre bezügliche Eingabe vom heutigen Tage werden Sie hierdurch beschieden, daß der unterzeichnete Stadtrath als Polizeibehörde beschlossen hat, die von Ihnen für nächsten Dienstag, den 16. dieses Monats, angemeldete öffentliche Volksversammlung mit Rücksicht darauf, daß die Anzeige eine Angabe über den Ort und die Zeit der Abhaltung der fraglichen Versammlung nicht enthält, auch dadurch, daß als Redner der Schriftsteller Liebknecht auftreten soll, welcher als eifriger sozialdemokratischer Agitator gilt und als ein Mann, welcher sich bereits wiederholt zu den auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen bekannt hat, die Annahme gerechtfertigt erscheint, daß auch in dieser beabsichtigten Versammlung auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Tage treten würden, auf Grund der Bestimmungen in §§ 2, 30 des Gesetzes vom 22. November 1850, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, sowie des § 9 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878, wie hiermit geschieht, zu verbieten.

Meerane, den 13. Juni 1885.

Der Stadtrath.
Dr. Koerner.

Dieses Verbot wurde dem Einberufer jedoch so zeitig zugestellt, daß eine neue Versammlung einberufen, der in der nachträglichen Verfügung gerügte Formenfehler reparirt und Herr Reichstagsabgeordneter Stolle als Referent zu dem Arbeiterschutzgesetz-Entwurf und seinen Konsequenzen benannt werden konnte. Die zweite Versammlung fand denn auch statt; den Vorsitz führte Herr Tischler Kirmse, zu seinem Stellvertreter wurde Herr Restaurateur Pöhler bestellt.

Herr Stolle sprach über das eben genannte Thema und nahm zugleich Gelegenheit, dabei die Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der letztverflossenen Session in das rechte Licht zu stellen. Es wurde ihm leicht, zu beweisen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage stets und namentlich in der letzten Session mehr gearbeitet und geleistet hätten, als die Mitglieder der anderen Fraktionen, die vielseitig dort Interessenpolitik, leider nur zu oft mit Erfolg treiben. Der Entwurf des Arbeiterschutzgesetzes beweise unwiderleglich, daß die Sozialdemokraten sich den realen Verhältnissen anpassen und sehr wohl Praktisches zu schaffen wissen, was schon jetzt durchzuführen sei, aber gerade deshalb eifern ihre politischen Gegenparteien mit ihrer korrumpirten Tagespresse am heftigsten dagegen, doch werde es nicht lange dauern und sie alle werden nolens volens den Zeitverhältnissen Rechnung tragen müssen, um die steigernde Misere zu beschwören. Das nach diversen Kommissionsberathungen schließlich doch in den Papierkorb geworfene Arbeiterschutzgesetz werden sie wieder hervorsuchen müssen. Aber auch die sozialistischen Abgeordneten würden dafür sorgen, daß dasselbe immer wieder auf der Tagesordnung des Reichstages erscheine. Gleichfalls sprach der Referent seine Verwunderung darüber aus, daß angesichts solcher Argumente, die evident darthun, mit welch gesetzlichen Mitteln die Führer der sozialdemokratischen Partei die derzeitigen unhaltbaren Zustände für unseren modernen, bürgerlichen Staate zu ändern sich bestreben, eine Versammlung blos deshalb wieder verboten worden sei auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes, weil sein Freund Liebknecht der Referent dieser Versammlung sein sollte und weil derselbe anerkannte Agitator als gemeingefährlich angesehen und so als Ursache zum Versammlungsverbot dienen konnte, da doch der Reichstag nahezu einstimmig beschlossen habe, daß dies durchaus kein Grund dazu sein dürfe. Als Herr Stolle von der Sonntagsruhe sprach und von den schöngeputzten Leuten, die häufig auf den Promenaden wandeln und die den Normalarbeitstag wie die strenge Sonntagsfeier so gern als undurchführbar und schädlich für die Arbeiter bezeichnen, glaubte der die Versammlung überwachende Herr Rathsreferendar Kloß dem Referenten einen Ordnungsruf ertheilen zu müssen. Allgemeiner Beifall belohnte den Referenten während und am Schluß der einstündigen Rede. An der hierauf folgenden Diskussion fand auch der mit anwesende Reichstagsabgeordnete Liebknecht Gelegenheit zum Sprechen.

Anknüpfend an das Referat des Herrn Stolle entkräftete Herr Liebknecht zunächst die in den Meeran'schen Zeitungen den Abgeordneten wiederholt gemachten Vorwürfe, daß der Entwurf des Arbeiterschutz-Gesetzes zu spät eingebracht worden und dies aus Mangel an Arbeitslust der Abgeordneten geschehen sei. Nicht einzelne Anträge hätte die Fraktion stellen, sondern ein alle Verhältnisse der Arbeiter umfassendes, auf der Grundlage der bestehenden Gesetze und Gesellschaftsordnung basirendes und darum mögliches Gesetz schaffen wollen. Dazu sei es nöthig gewesen, sich durch das herbeigeschaffte Material aus allen andern Staaten zu informiren und dazu war Zeit erforderlich. Wenn die konservative, nationalliberale und die Presse auch anderer Parteien der sozialdemokratischen Fraktion negatives Verhalten in den Plenarsitzungen vorwerfe, so sei das eine aus Unverstand hervorgegangene Behauptung. Das „Arbeiterschutz-Gesetz" sei das einzige Positive, was zum Wohl der Arbeiter, zu einer wirklichen Sozialreform und zur Beseitigung der sich immer weiter ausdehnenden Kluft zwischen den Unternehmern und Arbeitern auf gesetzgeberischem Wege dem Reichstage vorgelegt worden ist. Der Entwurf gehe von dem Grundsatz aus, daß man die Wurzel des Uebels beseitigen müsse, wenn dem Uebel beigekommen werden soll. Dazu gehöre eine vernünftige Regelung des Arbeitsprozesses und eine gerechte Vertheilung der Arbeitsprodukte, denn die heutige Produktion sammle Reichthümer in den Händen Einzelner, während auf der andern Seite dadurch die Massenarmuth zunehme. Die heutige Krisis ist eine konstante geworden. Nirgend findet man Prosperität; die Löhne sind nicht gestiegen. Chronisch sei die Krisis, weil infolge der niedrigen Löhne die Kaufkraft des konsumirenden Volks fehlt. Um solche Zustände zu beseitigen, müssen die Produktions-Verhältnisse geändert werden. Nicht die Versicherungsgesetze sind es, welche dies bewirken können, und die dem Armenrecht sehr nahe stehen.

Er bezeichnete das Arbeiterschutzgesetz als die Brücke, auf welcher die heutige Gesellschaft sich hinüberretten könne in eine neue Welt, ohne in den gähnenden Abgrund zu gerathen. Die heutige bürgerliche Gesellschaft werde nicht immer vermögen, die häufig wiederkehrenden, durch planlose Ueberproduktion erzeugte Geschäftskrisen zu überwinden, davon zeuge schon deutlich die gegenwärtige konstante fast über ganz Europa verbreitete und schwer fühlbare Krisis. Nicht die Sozialdemokraten erstreben gewaltsamen Umsturz, das thun nur ihre Gegner und der Redner illustrirte das recht anschaulich durch die neuere Geschichte seit 25 Jahren, speziell durch die Staaten und Verfassungen umstürzenden Kriege von 1866 und 1870.

Nachdem der Herr Redner sich noch des Weiteren über die Nothwendigkeit der Annahme des Arbeiterschutzgesetzes ausgelassen, die Folgen desselben ausführlich besprochen und dabei an die in dem Entwurf enthaltenen Vorschläge besonders angeknüpft hatte, betonte er, daß die Fraktion diesen Entwurf sofort bei dem Beginn der nächsten Session wieder einbringen werde und schloß mit der Mahnung an die Versammlung, treu zu den Abgeordneten zu stehen, sich von den gegnerischen Verhetzungen und Anfeindungen nicht beirren zu lassen und dafür zu sorgen, daß die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten bei der nächsten Wahl wachse. Allseitiger, sehr lebhafter Beifall folgte den Ausführungen des Herrn Liebknecht. Er bethätigte sich noch besonders dadurch, daß die folgende vorgeschlagene Resolution, deren Begründung durch den Antragsteller die allgemeine Zustimmung gefunden hatte, einstimmig angenommen wurde. Sie lautete:

„Die heutige Versammlung spricht den Reichstagsabgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion in jeder Beziehung für ihre Arbeit während der letzten Session des Reichstags ihre Anerkennung aus und ruft ihnen zu, muthig weiter zu gehen zum Wohl der Gesammtheit."

Nachdem Herr Stolle als Referent verzichtet hatte, zum Schlusse zu sprechen, nahm Herr Liebknecht das Schlußwort, dankte für das Vertrauen, lehnte aber jedes persönliche Lob ab. Es sei nicht nöthig, ihn und seinen Parteifreunden im Reichstage Muth zuzusprechen. Er sagte: An Muth fehlt es uns nicht, uns fehlt nur die Macht. Die Macht aber liegt beim Volke, resp. bei den Wählern. Die 24 sind noch viel zu wenig, um im Reichstag etwas zu erreichen. Warum sind ihrer so wenig? Weil die Majorität der Wähler ihre eigenen Interessen nicht kennt, und Vertretern feindlicher Interessen ihre Stimme giebt. Des Volkes Schicksal liege in der Hand des Volkes. Aber die sozialdemokratischen Abgeordneten, wenn auch in der Minorität, würden trotzdem nicht ermüden und weiter kämpfen und der ganze neueste Zeitungslärm von einer Spaltung der sozialistischen Fraktion fuße nur auf Meinungsdifferenzen, die sich ausgleichen lassen. Im Prinzip sind alle 24 einig und stehen vor wie nach unerschüttert auf dem Partei-Programm. Aber auch die Arbeiter sollten dasselbe thun und nicht ferner die gegnerische Presse unterstützen, dann würden sie nicht durch solche und ähnliche Sensationsnachrichten getäuscht und irre geführt. Meinungsverschiedenheiten und damit verbundene persönliche Kämpfe kämen unter den anderen Fraktionen noch viel häufiger vor, doch werden dieselben da immer vertuscht. Das sei aber für Männer, die nach Freiheit ringen, nicht würdig. Die Versammlung stimmte Herrn Liebknecht wiederholt durch stürmische Bravos zu und trennte sich kurz nach 11 Uhr unter stürmischen Hochrufen auf die Führer der Sozialdemokratie.

Die für den folgenden Tag in Glauchau einberufene Versammlung fand seitens der Behörde keine Beanstandung, wurde Abends ½9 Uhr durch den Einberufer eröffnet und unter Vorsitz des Herrn Kord ohne jede Störung zu Ende geführt.

Hier referirte Herr Liebknecht „über die Thätigkeit der sozialistischen Reichstagsfraktion gegenüber den anderen politischen Parteien während der letzten Reichstagssession". Ein im hiesigen Tageblatt erschienenes Eingesandt, dessen Inhalt wir näher zu treten gedenken und welches von dem Besuch der Versammlung abmahnte, kam um volle 24 Stunden zu spät und konnte somit segensreich nicht wirken. Vielleicht wäre noch eine größere Anzahl im ohnedies vollen, großen Saale der Zentralhalle anwesend gewesen, wenn das Eingesandt sich nicht verspätet hätte. —

Herr Liebknecht begann seinen Vortrag, welcher in Form und Deduktion eine Musterleistung zu nennen ist und durch die von jeder unangemessenen und unanständigen Ausfälle gegen Andersdenkende befreiten Sprache ein gediegenes Vorbild für hitzköpfige Politiker und fanatische Reaktionsmänner war, damit, daß er auf seine hiesige Anwesenheit vor 10 Jahren zurückkam, welche durch die Krankheit Herrn Bebel's ebenso veranlaßt gewesen sei, wie ihm jetzt die schwere Erkrankung des gegenwärtigen Abgeordneten Herrn Auer, der im Süden Erholung und Beseitigung seiner Leiden suche, die Pflicht auferlege, den Wählern Rechenschaft über die Thätigkeit der Fraktion abzulegen.

Man sei der Ansicht gewesen, daß durch die vermehrte Zahl der Mitglieder die Fraktion allerhand unpraktische Politik im Reichstage treiben würde, und da diese Meinung getäuscht wurde, habe man den sozialdemokratischen Abgeordneten Faulheit und der Himmel weiß was sonst noch vorgeworfen. Alle diese Behauptungen laufen der Wahrheit zuwider. Die alte Taktik ist nicht verlassen worden. Wie die sozialdemokratischen Abgeordneten schon im 1. norddeutschen Reichstag sich an der Gesetzgebung betheiligten, so sei dies beständig geschehen. So habe Bebel die Abschaffung der Arbeitsbücher angeregt und 1877 sei von den sozialdemokratischen Abgeordneten bereits ein Arbeiterschutzgesetz-Entwurf eingebracht worden. Von einer Veränderung der Taktik könne somit nicht die Rede sein. Herr Liebknecht nahm Gelegenheit, den parlamentarischen Usus, insbesondere den Seniorenkonvent zu erläutern.

Der Eintritt Hasenclever's in denselben sei gerügt worden. Es lag aber, da der Seniorenkonvent die Zahl der Mitglieder für die Kommissionen aus den Fraktionen bestimme, für die sozialdemokratische Fraktion die Nothwendigkeit des Eintritts nahe, weil sie sich eben an der Gesetzgebung zu betheiligen entschlossen war. Daher sind denn auch die Mitglieder der Fraktion in den Kommissionen thätig gewesen mit Ausnahme der Budget-Kommission, wo es sich lediglich um Militarismus und Bureaukratismus handle und die Fraktion den Eintritt abgelehnt hat. Dagegen sei sie vertreten gewesen in den Kommissionen für Wahlprüfungen, Arbeitergesetze und Petitionen und in 13 anderen.

Der Herr Redner erwähnt hierbei, daß das allgemeine Stimmrecht eine Umgestaltung der politischen Bildung des Volks herbeigeführt habe, die man früher nicht geahnt habe. Dadurch seien politische Eruptionen vermieden worden, da jeder Wähler weiß, daß sein Wahlrecht ordentlich ausgeübt, ihm schließlich zu seinem Recht verhelfen muß. Der Gedanke an eine gewaltsame Revolution kann bei der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechts nicht aufkommen. Das Wahlrecht muß aber auch ehrlich gehandhabt werden. Die Reinhaltung des Wahlrechts und der Schutz des Wahlrechts sei die Pflicht der Wahlprüfungskommission. Herr Liebknecht berührte hierbei die Ansicht der sächsischen Regierung bezüglich der Schulgelderestanten.

Der „Beobachter" hat in Nr. 56 57 und 58 dieses Jahrganges über die betr. Kommissionssitzung, wo Herr Liebknecht referirte, in 3 Leitartikeln berichtet und die Mittheilungen des Herrn Liebknechts und seine Schlußfolgerungen bestätigen das, was der „Beobachter" s. Z. über diesen Gegenstand sagte. — Hierbei berührte der Herr Referent auch die Wählerversammlungen, über welche in der Wahlprüfungskommission die Meinung herrschte, daß sie auf Grund des Sozialistengesetzes nicht verboten werden können. — Nach den vorliegenden Thatsachen haben die sozialdemokratischen Abgeordneten in den 16 Kommissionen, welchen sie angehören, viel gearbeitet. Was Eugen Richter über deren Thätigkeit durch seine Presse hat verbreiten lassen, entspricht der Wahrheit nicht und ist nur darauf berechnet, agitatorische Wirkung für seine Partei zu erzielen. Herr Liebknecht weist mit Entrüstung die Behauptung zurück, daß irgend Einer aus der sozialdemokratischen Fraktion unthätig gewesen sei; diese Zensur verdienen viel eher Leute, welche Herrn Eugen Richter nahe stehen. Insbesondere habe der Abgeordnete Auer, den während der Session wiederholt Krankheit zwang, dem Reichstag fern zu bleiben, in der Zeit, wo ihm sein Zustand gestattete, anwesend zu sein, mit Energie seine Pflicht gethan. (Somit fällt die Behauptung eines Glauchauer Blattes, daß Herr Auer bei der Berathung über die Getreidezölle absichtlich gefehlt habe und charakterisirt sich als ein plumpes Agitationsmanöver. Die Red.)

Zum Reichstag im Allgemeinen übergehend, bemerkt Herr Liebknecht, daß dem Reichskanzler der Versuch, bei der letzten Wahl eine sichere Majorität zu erlangen, nicht gelungen sei. Im Gegentheil bildete sich eine scharfe Opposition, welche ihren Höhepunkt in der Sitzung vom 15. Dezember erreichte, wo es sich um den zweiten Direktor handelte. Nicht die Summe von 20000 Mark ist die Ursache der Ablehnung gewesen, sondern der Ausspruch des Kanzlers, daß er sich von der Majorität des Reichstags nicht imponiren lasse. Wären in dritter Lesung Deutschfreisinnige und ein Theil des Zentrums nicht umgefallen, so würde die Annahme nicht erfolgt sein. Die Deutschfreisinnigen, von denen manche der sozialdemokratischen Hilfe ihr Mandat verdanken, hätten nicht den Muth gehabt, vorwärts zu gehen, weil sie Auflösung des Reichstags fürchteten. An der Interessenpolitik seien bald alle Prinzipien gescheitert.

Der Herr Redner charakterisirt hier anschließend die Bestrebungen der Agrarier und bemerkt, daß sie nicht zurückgeschreckt seien von der Neubesteuerung des Volkes zur angeblichen Hebung des Handels, der Industrie und Landwirthschaft. Indessen weise besonders das Beispiel Englands nach, daß durch die Kornzölle und Zölle auf Lebensmittel die Industrie konkurrenzunfähig geworden sei und man wieder an die Aufhebung der Kornzölle gegangen wäre, damit aber auch die Konkurrenzfähigkeit wieder erlangt habe. Die Getreidezölle sind lediglich vortheilhaft für die Großgrundbesitzer, wie man auch dem Reichskanzler nachgerechnet hat, daß er durch diese 40000 Mark mehr einnehmen kann.

Wenn die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion sich nicht in so massenhaften, wie z. B. Eugen Richter, der 300mal dieselbe Rede gehalten habe, ergangen, so hätten sie den Beweis geliefert, daß sie eine demokratische Fraktion sind und keine Vielrednerei, keine Laskerei treiben. Kampffähig sei die Fortschrittspartei doch nicht mehr.

Bei Berührung der Diätentage führte Herr Liebknecht an, daß der Abgeordnete Auer in längerer Rede ebenso für Diäten plaidirt, wie er bei Berathung des Hertling'schen Antrages bezüglich der Sonntagsruhe, der Kinder- und Frauenarbeit energisch für gesetzliche Regelung eingetreten sei. Auch Herr Liebknecht betont, daß er mit seinen Parteigenossen für absolutes Verbot der Kinderarbeit sei und kommt bei dieser Gelegenheit auf die Hausindustrie zu sprechen, welche er, weil sie unkontrolirbar ist, ein Unglück der Familien nennt. Würde sie beibehalten, so müßte das Verbot der Kinderarbeit auch die Hausindustrie treffen. Mit halben Maßregeln sei nichts für das Volk ausgerichtet. In diesem Sinne habe der Abgeordnete Auer mit Klarheit und Energie den Standpunkt der Fraktion vertreten. (Merkwürdig, daß das betr. Glauchauer Blatt immer nur gewußt hat, wenn Auer fehlte. Red.)

Die Dampfersubvention, fährt Herr Liebknecht weiter fort, hängt mit der Kolonialpolitik zusammen, der er den untergeschobenen Zweck nicht zugestehen kann, nämlich der Ueberproduktion an Menschen und Waaren abzuhelfen; denn die Schwarzen sind im Sinn unsrer Industrie nicht konsumtionsfähig; sie brauchen nichts. Unsere Uebervölkerung liegt in den ungesunden wirthschaftlichen Verhältnissen. Die Ueberproduktion ist ein ganz relativer Begriff; sie kann nur beseitigt werden, wenn Käufer für die Produkte vorhanden sind. Nach dem Vorbild der englischen Kolonialpolitik würde die Kluft, der gähnende Abgrund zwischen Reich und Arm nur noch größer werden, wenn wir ordentliche Kolonien hätten. Beseitigen wir die Ueberproduktion im eigenen Lande dadurch, daß das Mißverhältniß zwischen Produktion und Konsumtion fortgeschafft werde. Dann werden die chronischen Krisen verschwinden. Nicht Freihandel oder Schutzzoll berühren den Kern der sozialen Frage, den ökonomischen Lebensnerv des Volks. Die Ansammlung der Reichthümer in den Händen Einzelner ist nicht Volkswohlstand. Werbend muß das Geld angelegt werden; darum wird es in die Produktion gesteckt. So steigert sich die Produktion ungeheuer, während die Konsumtionsfähigkeit der Massen nicht zunimmt, eher abnimmt. Die Arbeitsinstrumente müssen in die Hände der Arbeiter kommen; Produktivgenossenschaften sind zu bilden. Mit Afrika, wo kein Geld ist, kein Bedarf, nur etwas Kokosnüsse und Elephantenzähne 2c., will man helfen, ebenso wie den Kleinhandwerkern mit den Innungen. Die sozialdemokratische Fraktion habe sich nicht verschlossen, Staatshilfe auf Dampferlinien zu bewilligen; aber sie hätte nur für Asien und Australien sich entschieden.

Herr Liebknecht behandelte zum Schluß seiner Rede den Arbeiterschutzgesetz-Entwurf und verwies besonders auf die eingehende und ausführliche Motivirung durch den Abgeordneten Grillenberger. Soweit der Herr Redner nicht schon die in dem Gesetzentwurf berührten Gegenstände in seinen Ausführungen besprochen, unterzog er sie an dieser Stelle eingehender Erörterung und betonte, daß der Entwurf über Kurz oder Lang Gegenstand der Berathungen des Reichstags wird werden müssen. Er stellt die Forderungen, die dort gemacht sind, nicht als abgeschlossen hin, macht aber ganz besonders darauf aufmerksam, daß sie fern von revolutionären und umstürzenden Gedanken in ihrer Erfüllung die Lösung der sozialen Frage zwar nicht sind, aber sie wesentlich befördern werden. Auf ihnen werde Das, was ferner zur Beseitigung der Kluft in der Gesellschaft nöthig, mit gesetzlichen Mitteln aufgebaut werden können. Dazu gehöre aber, daß die Masse der Wähler hinter den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten stehe und durch ihr moralisches Gewicht, durch Druck auf Außen auf die Beschlüsse des Reichstages einwirke.

Lang anhaltender Beifall bewies Herrn Liebknecht das Einverständniß der Versammlung mit seinen Ausführungen, wie dies noch besonders durch die folgende, von dem Antragsteller motivirte, einstimmig angenommene Resolution Ausdruck fand. Die Versammlung beschloß:

Indem die heutige Versammlung den 24 Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion ohne jede Einschränkung, insbesondere auch dem Abgeordneten Auer, für ihre bisherige Thätigkeit im Reichstage ihre volle Anerkennung ausspricht und mit Entschiedenheit gegen die Aeußerungen gegnerischer Parteien und ihrer Preßorgane, welche der Fraktion Unthätigkeit vorwerfen, protestirt, giebt sie dem uneingeschränkten Vertrauen Ausdruck, daß die 24 Abgeordneten auch in Zukunft der übernommenen Pflichten eingedenk bleiben und die Sache der Allgemeinheit kräftigst vertreten werden; insbesondere für die Annahme des Arbeiterschutz-Gesetzes mit allen ihnen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln wirken werden.

Damit schloß die Versammlung, welche nach einem Hoch auf den Abgeordneten Liebknecht auseinander ging.

(Der „Beobachter" von Glauchau.)

Politische Uebersicht.

Aus Frankfurt a. M. kommt die Trauerkunde, daß **Karl Höchberg** am 21. d. Mts. gestorben ist. Mit ihm ist ein treuer begeisterter Anhänger der sozialdemokratischen Partei aus dem Leben geschieden, der, obgleich seines leidenden Zustandes wegen nie agitatorisch thätig, doch durch eifriges Studium und wissenschaftliche Arbeiten seiner Partei von Nutzen war. Bald nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes wurde er aus Berlin ausgewiesen und lebte dann meist in der Schweiz, wo er leider vergeblich Gesundheit suchte. In dem noch jugendlichen Alter von etwa 35 Jahren ist er gestorben und wir beklagen den Verlust eines Mannes, der stets bereit war, mit Rath und That fördernd einzugreifen, wo es galt, das Interesse der Arbeiter zu vertreten und die wirthschaftlichen Verhältnisse derselben bessern zu helfen. Ehre seinem Andenken.

Aus den Brünner Arbeiterunruhen sucht die „Nordd. Allg. Ztg." wiederum Kapital für ihren manchesterlichen Standpunkt zu schlagen. Es ist ja öffentliches Geheimniß, daß man in den Kreisen, deren Ansichten genanntes Blatt vertritt, vor der Einführung des Maximalarbeitstages sowohl, als auch überhaupt vor den wichtigen Forderungen der Arbeiterschutzgesetzgebung zurückscheut. Daher das Bestreben, jedes Vorkommniß möglichst gegen eine wirksame Sozialreform auszuschlachten. Das Blatt schreibt: „Nach dem Ausbruche der Unruhen versuchte, im Auftrage der Behörden, die Handelskammer zu interveniren und wurde den Arbeitern angeboten, sie und die Fabrikanten sollten je eine der viertelstündigen Pausen opfern. Darauf gingen die Arbeiter jedoch nicht ein, schraubten vielmehr alsbald ihre Forderung in die Höhe und verlangten statt des elfstündigen einen zehnstündigen Normalarbeitstag, und schließlich im weiteren Verlaufe der Sache außerdem eine Lohnerhöhung. Der letztere Umstand deutet darauf hin, daß, wie oben berührt, weniger die Frage der Arbeitszeit, als die Besorgniß betreffs der aus der verkürzten Arbeitszeit drohenden Lohnverluste das eigentliche Motiv der Aufregung gewesen sei. Wenn aber die Einführung des Normalarbeitstages und die dadurch bewirkte Verkürzung der Arbeitszeit einmal in den Arbeitern sofort die Sorge um eine Lohneinbuße aufkommen ließ, und wenn ferner anläßlich einer Maßregel, die in Erfüllung einer prinzipiellen Forderung der Sozialdemokratie in arbeiterfreundlichem Sinne gedacht war, die sozialdemokratische Agitation . . . sofort die agitatorische Aufwiegelung ihre Hand in's Spiel mischte, die Arbeiter nicht nur zu den ärgsten Ausschreitungen anstachelte, sondern sie auch vermochte, ihren Forderungen den Charakter einer Schraube ohne Ende zu geben, so dürften diese beiden Seiten wohl geeignet sein, auch anderen Ortes gewisse platonische Freunde des Normalarbeitstages über dessen Ersprießlichkeit nachdenklich zu machen. — Auf die Wiedergabe der übrigen Ausführungen des offiziösen Blattes verzichten wir, da sie in demselben Sinne gehalten sind, wie das Vorstehende. Aus demselben erhellt zur Genüge der Versuch, mit dem Brünner Krawall gegen den Maximalarbeitstag zu „krebsen". Wie immer, so gelingt den Biedermännern das Kunststück auch in diesem Falle „famos". Zunächst wird angeführt, daß die Arbeiter statt des 11stündigen einen 10stündigen Arbeitstag fordern und hinterher darauf hingewiesen, daß das Motiv der Aufregung der aus der verkürzten Arbeitszeit drohende Lohnverlust gewesen sei. Wäre letzteres richtig, so wäre es ja ganz unbegreiflich, daß die Arbeiter nunmehr eine noch kürzere Arbeitszeit verlangten, denn dadurch würde sich der drohende Lohnverlust noch bedeutend vergrößern. Nun behauptet freilich das Blatt frischweg, daß die geforderte Lohnerhöhung schon darauf hindeute, daß die Arbeiter von der verkürzten Arbeitszeit einen Verlust erwarten. Das ist wieder so eine kleine Verwechselung der thatsächlichen Verhältnisse, denn Jedermann weiß, daß der Streik ursprünglich nur deshalb entstand, weil die Arbeiter um 6 statt um halb 7 Uhr Feierabend haben wollten und daß die Forderung einer Lohnerhöhung erst später erhoben wurde. Daß das bekannte Blatt den Sozialdemokraten in die Schuhe schiebt, durch agitatorische Aufwiegelung zu den Ausschreitungen aufgestachelt zu haben, darf nicht Wunder nehmen; es ist erstens äußerst bequem, zu jeder Zeit einen Sündenbock zur Hand zu haben, man hat dann nicht nöthig, den unangenehmen Ursachen nachzuspüren, und zweitens lassen sich derartige Vorkommnisse außer zu manchesterlichen auch recht trefflich zu politisch reaktionären Zwecken ausnutzen.

Der Reichsanzeiger publizirt das Gesetz, betreffend die Unterbringung von dienstunfähigen Forstschutzbeamten der Gemeinden und öffentlichen Anstalten, sowie von Hinterbliebenen solcher Beamten. — Ferner enthält der Reichsanzeiger folgende Bekanntmachung: „Unter Bezugnahme auf die von den Regierungen der Bundes-Seestaaten wegen der gesundheitspolizeilichen Kontrole der Seeschiffe erlassenen Vorschriften wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Häfen der spanischen Mittelmeerküste, mit Ausschluß derjenigen der Balearischen Inseln, als der Cholera verdächtig anzusehen sind. Berlin, den 23. Juni 1885. Der Reichskanzler. In Vertretung: von Boetticher."

Fürst Bismarck hat auf ein Telegramm einer klerikalen Arbeiterversammlung in Bochum, in welchem er gebeten wurde, seinen Einfluß für die allgemeine Sonntagsruhe einzusetzen, folgende Antwort ertheilt: „Kissingen, den 16. Juni 1885. Ew. Wohlgeboren danke ich verbindlich für Ihr Telegramm von vorgestern; die Herren Absender können nicht lebhafter wie ich selbst wünschen, daß die Sonntagsruhe jedem Arbeiter zu Theil werde, der sie dem Lohnerwerb vorzieht. Bevor ich aber bei den gesetzgebenden Körpern den Antrag stelle, das Arbeiten am Sonntage bei Strafe zu verbieten und den Arbeiter auch gegen seinen Willen zum Verzicht auf Sonntagslohn zu zwingen, glaube ich die Auffassungen der Betheiligten und die muthmaßlichen Folgen eines derartigen Eingriffes genauer, als bisher geschehen ist, ermitteln zu sollen. Zu diesem Behufe habe ich bei den verbündeten Regierungen die erforderlichen Anträge gestellt und zunächst um Ermittelung derjenigen Betriebe gebeten, in welchen gegenwärtig Sonntagsarbeit stattfindet, und um Entgegennahme der Ansichten der betheiligten Arbeiter und Unternehmer. v. Bismarck.

Für den Statthalterposten in den Reichslanden sind bis jetzt erst fünf Kandidaten in den Zeitungen genannt worden, nämlich Prinz Wilhelm von Preußen, der sächsische Minister v. Fabrice, der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, Graf Otto Stolberg und Graf Guido Henckel von Donnersmarck. — Es ist anzunehmen, daß in den nächsten Tagen noch neue Namen hinzukommen werden.

Die Neu-Guinea-Kompagnie hat soeben das erste Heft von „Nachrichten für und über Kaiser Wilhelms-Land und Bismarck-Archipel" erscheinen lassen. Demselben ist eine instruktive Karte beigegeben. U. A. wird folgender Erlaß des Reichskanzlers mitgetheilt: Mit Bezug auf die gefälligen Schreiben vom 25. März und 8. und 10. April d. J. benachrichtige ich das Komitee für die Neu Guinea-Kompagnie ergebenst, daß ich die Veröffentlichung einer Bekanntmachung des kaiserlichen Kommissars von Oertzen in der australischen Presse veranlaßt habe, wonach in dem deutschen Schutzgebiete, dessen Grenzen durch den kaiserlichen Schutzbrief vom 17. Mai dieses Jahres bestimmt worden sind, 1) neue Landerwerbungen ohne Genehmigung der deutschen Behörde ungiltig und nur ältere wohlerworbene Rechte geschützt werden sollen; 2) Waffen, Munition und Sprengstoffe, sowie Spirituosen bis auf Weiteres an Eingeborene nicht verabfolgt, und 3) Eingeborene zur Verwendung als Arbeiter aus dem deutschen Schutzgebiet nicht weggeführt werden dürfen, ausgenommen für deutsche Plantagen aus denjenigen Theilen des „Bismarck-Archipels", wo dies bisher geschehen war, jedoch nur unter Kontrole deutscher Beamten. Zum Erlaß einer dem Punkt 1 entsprechenden Bekanntmachung ist der Kommissar schon vor einigen Wochen telegraphisch ermächtigt worden. In Vertretung des Reichskanzlers: (gez.) Hatzfeldt.

Oesterreich-Ungarn.

Der Streik in Brünn ist so gut wie beendet. Die Einigung mit den Fabrikanten erfolgte auf der Grundlage, daß gearbeitet werden soll: Montags von 7 Uhr Morgens bis 6 Uhr Nachmittags mit einstündiger Mittagspause, sonach zehn Stunden, und am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Nachmittags mit einer ¼stündigen Frühstücks- und einer einstündigen Mittagspause, sonach täglich 10¾ Stunden; am Sonnabend von 6 Uhr Morgens bis 5 Uhr Nachmittags, einschließlich der zum Reinigen der Maschinen erforderlichen Zeit mit ¼stündiger Frühstücks- und einstündiger Mittagspause, sonach 9¾ Stunden. Ueberstunden, soweit sie das Gesetz zuläßt, werden besonders entlohnt werden. Die Arbeiter werden dunach 62¾ Stunden arbeiten, d. h. eine Viertelstunde weniger, als sie selbst verlangt hatten. Heute soll in den meisten Fabriken die Arbeit wieder aufgenommen werden. Das Militär ist bereits zurückgezogen. — Warum konnte man nicht gleich die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzen? Die Forderung einer 10½stündigen Arbeitszeit wird doch sicherlich Niemand als frivol bezeichnen können und um eine solche handelte es sich doch ursprünglich nur.

Belgien.

Aus Brüssel, 21. Juni, schreibt man der „Voss. Ztg.": Wieder durchzogen, wie an großen Wahltagen, die Trommler der Bürgergarde die Stadt, um zur Wahl zu mahnen. Nach achttägiger erbitterter Wahlagition der beiden feindlichen Parteien, der radikalen und liberalen, fand soeben unter großer Erregung die Ballotagewahl für die erledigte Stelle eines Provinzialraths statt. Die Wahlbetheiligung war nicht größer als vor 8 Tagen; von 12,457 Wählern stimmten 7559; der Radikale erhielt 3879 Stimmen, der Liberale 3527 Stimmen. Ersterer siegte mit 366 Stimmen Majorität und erhielt 800 Stimmen mehr als bei der ersten Wahl, da Klerikale und Unabhängige für ihn stimmten.

Großbritannien.

Die englische Kabinetskrisis scheint beendigt zu sein. Nach verschiedenen bei der Königin in Windsor abgehaltenen Ministerräthen hat Gladstone nachgegeben. Schon hatte das „Kabinet Gladstone" wieder neuen Boden gewonnen und die „Pall Mall Gazette" meldete in einer gestrigen vierten Ausgabe bereits: in politischen Kreisen herrsche allgemein der Glaube, daß die Liberalen die Regierung behalten würden. Nach einer neueren Nachricht ist die Einigung nun dennoch erfolgt und die Konservativen werden vorläufig ans Ruder kommen. Der „Standard" bestätigt die Meldung, Gladstone behalte sich bezüglich der Anträge, welche die neue Regierung machen könne, volle Aktionsfreiheit vor und verpflichte sich, Salisbury im Allgemeinen bei der Erledigung der gegenwärtigen Parlamentssession noch obliegenden Aufgaben zu unterstützen. Salisbury würde voraussichtlich in der Sitzung des Oberhauses eine hierauf bezügliche Erklärung abgeben. Die Toryblätter veröffentlichen nunmehr eine angebliche authentische Namensliste des neuen Kabinets. Nach derselben würde Lord Cranbrook Lordpräsident des Geheimen Raths, Lord Harrowby, Lord-Geheim-Siegelbewahrer und Herzog von Richmond Präsident des Handelsamtes. Im Uebrigen bleibt das neue Kabinet in der bereits gemeldeten Zusammensetzung: Salisbury, Premierminister und Auswärtiges; Northcote, erster Lord des Schatzamtes; Sir Hardinge Giffard, Lordkanzler; Sir Michael Hicks Beach, Schatzkanzler; Sir Richard Croß, Inneres; Oberst Stanley, Kolonien; Smith, Krieg; Lord George Hamilton, erster Lord der Admiralität; Sir Randolph Churchill, Indien; Graf Carnarvon, Vizekönig von Irland; Lord John Manners, Generalpostmeister. — Der formelle Rücktritt des Kabinets Gladstone erfolgt voraussichtlich heute.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 25. Juni cr., Nachmittags 5 Uhr. Drei Naturalisationsgesuche. — Pensionirungs- und Anstellungssachen. — Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten. — Desgl. des Ausschusses für Petitionen. — Berichterstattung über die Vorlage, betr. die Skizze zum Neubau eines Asyls für nächtliche Obdachlose und für wohnungslose Familien, sowie einer Desinfektionsanstalt auf dem städtischen Grundstücke an der Prenzlauer Allee. — Desgl. über die Vorlagen, betr. die Festsetzung von Baufluchtlinien für die Rochstraße und die Skizze zu einem Erweiterungsbau der 21./24. Gemeindeschule, Neue Friedrichstraße 32. — Vorlage, betr. die chemische und bakterioskopische Untersuchung des hiesigen Leitungswassers. — Desgl., betr. den Abbruch des Stallgebäudes auf dem Grundstücke Planufer 1a. — Vorlagen, betreffend die Projekte zum Neubau je einer Gemeinde-Doppelschule in der Reichenbergerstraße, in der Gubenerstraße, in der Demminerstraße und in der Müllerstraße, sowie einer einfachen Gemeindeschule in der Höchstestraße. — Vorlage, betreffend die Projekte zum Neubau eines Vorderhauses auf dem Grundstücke Kleine Frankfurterstraße 6, eines Todtengräberhauses auf dem Gemeinde-Friedhofe zu Friedrichsfelde und eines Feuerwehr-Nebendepots in der Reichenbergerstraße. — Vorlage, betr. die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters vor dem westlichen Flügel der Universität. — Desgl., betr. die Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung der Stadtverordneten-Versammlung. — Desgl., betr. verschiedene bauliche Einrichtungen auf dem Zentral-Viehhof. — Desgl., betr. den Verkauf von Baustellen von dem zwischen dem Kottbuser Damm, der Böckhstraße und der Gräfestraße belegenen städtischen Grundstück. — Desgl., betr. die Projekte zum Neubau der Markthalle IV nebst Eingangsgebäuden auf den Grundstücken Dorotheenstraße 28/30. — Desgl., betr. die Ablösung von Freihaus-Berechtigungen. — Desgl., betr. den Finalabschluß der Stadt-Haupt-Kasse pro 1. April 1884/85. — Desgl., betr. die Frequenz in den Gemeindeschulen am 1. Mai 1885. — Rechnungssachen. — Vorlage, betr. die Festsetzung von Baufluchtlinien für das Terrain an der Herkulesbrücke und für eine Straße neben der Stadtbahn. — Berichterstattung des zur Vorbereitung der Wahl eines unbesoldeten Stadtraths ꝛc. eingesetzten Ausschusses. — Vier Unterstützungssachen. — Vorlage, betr. die Neuwahl eines Bürger-Deputirten für die Gewerbe-Deputation.

Lokales.

R. **Die zierlichen Eichkätzchen**, die mit ihren possierlichen Sprüngen das Auge so manchen Besuchers, namentlich aber das der Jugend im Thiergarten erfreuten, und früher bei einem tieferen Eindringen in den Park stets zahlreich zu finden waren, scheinen jetzt fast gänzlich verschwunden zu sein. Die Thierchen sind deshalb so selten geworden, weil die Aufseher den Auftrag erhalten haben, die Thiere unnachsichtlich niederzuschießen, denn erwiesenermaßen ist das Eichkätzchen ein gefährlicher Feind aller gefiederten Sänger, deren Eier es eifrig nachstellt.

g. **Das Unglück auf der Landungsbrücke** bei Tabbert's Waldschlößchen hat zur Folge gehabt, daß jetzt auch die Kontrole beim Besteigen der Landungsbrücken vor Saatwinkel, Valentinswerder und Tegel verschärft worden ist. Früher war es zulässig, daß die den Dampfer benutzenden Personen sich schon vor Ankunft der Dampfer auf der Brücke ansammeln konnten; jetzt werden die nur von der Wasserseite zu öffnenden Thüren stets verschlossen gehalten und erst von der Mannschaft des angelangten Dampfers geöffnet. Eine vorgenommene Revision der vorerwähnten drei Dampferlandungsbrücken hat ergeben, daß sie vollständig intakt sind und für das Publikum bezw. den Dampferverkehr keine Gefahr bieten.

a. **Ein stark angetrunkener „Herr"** zog in der Nacht vom 20. zum 21. d. Mts. in der Dorotheenstraße die Aufmerksamkeit eines Nachtwächters auf sich, welcher sich bemühte, den Angetrunkenen aufrecht zu halten und ihn nach seiner in der Mittelstraße gelegenen Wohnung zu bringen. Da er aber allein dies nicht auszuführen vermochte, so rief er einen die Straße entlang gehenden Mann zur Hilfeleistung heran. Dieser, der mehrfach bestrafte „Arbeiter" B., welcher erst am 16. d. Mts. aus dem Gefängniß entlassen worden ist, leistete Hilfe, benutzte aber dabei die günstige Gelegenheit, die goldene Uhr und Kette des Angetrunkenen unbemerkt sich anzueignen und damit davonkommen. B. versetzte die gestohlenen Gegenstände bei einem Pfandleiher für 42 Mark und versuchte, nachdem er diese Summe mit Freunden vertrunken hatte, die Pfandscheine zu verpfänden. Hierbei wurde er festgenommen. B. räumte den Diebstahl ein und wurde gestern zur Haft gebracht.

Eine furchtbar aufregende Szene spielte, dem „B. T." zufolge, sich vorgestern Abend gegen 8 Uhr vor dem Hause Waldemarstraße 25 ab. Dort wohnt seit etwa ¾ Jahren mit Frau und einem vier Monate alten Kinde der angeblich arbeiter" Schiller, der aber die Arbeit längst aufgegeben hat und des Abends in Lokalen durch komische Vorträge ꝛc., wobei er einiges Talent haben soll, sich und Anderen das Leben „verschönern" sucht. In Folge seines unregelmäßigen Lebenswandels gestaltete sich die Ehe mit seiner erst 20jährigen Frau, mit der er bereits vier Jahre verheirathet ist, zu einer unglücklichen. Es kam oft zu Mißhelligkeiten zwischen ihnen, der Mann vergriff sich häufig mit Thätlichkeiten gegen seine Frau, und ist deshalb bereits mit drei Tagen bestraft worden. Vorgestern Abend war der Mann wieder einmal betrunken nach Hause gekommen, hatte mit der Frau Streit angefangen und sie mißhandelt. In ihrer Angst verfolgt von dem Manne, der sie mit einem Schemel zu erschlagen drohte, sprang die Frau dem Fenster ihrer zwei Treppen hoch belegenen Wohnung. Sprung in die Tiefe wagte sie jedoch nicht, sondern hielt auf das Fensterstms gestützt, an dem Fensterkreuz fest. Zorn des Mannes kühlte sich bald ab, er hielt die Frau an Händen fest, doch sie wieder hineinzuziehen vermochte er In dieser gefährlichen Situation schwebte die arme Frau zehn Minuten. Ihr Hilfegeschrei lockte mehrere Menschen herbei, aus den Nachbarhäusern trug man Decken, Strohsäcke ꝛc. herbei und breitete sie unter dem aus, an welchem die Frau hing, da man jeden Augenblick Herabfallen befürchtete. Der in demselben Hause wohnende Schlächtermeister Zimmermann eilte mit seinen Gesellen der Wohnung hinauf, erbrach die verschlossenen Thüren befreite die Frau, die darauf ohnmächtig wurde, aus fürchterlichen Lage. Der saubere Ehemann wurde alsdann handfesten Lynchjustiz unterzogen und hierauf der Polizei geben. Die draußen harrenden Menschenmassen, unter die ungeheuerlichsten Gerüchte zirkulirten, zerstreuten sich später Abendstunde.

Ein neuer Unglücksfall beim Bootfahren, dem ein jugendliches Menschenleben zum Opfer gefallen ist, hat vorgestern Nachmittag auf dem Schlachtensee ereignet. größeren Landpartie, die mehrere hiesige Familien nach Grunewald unternommen, hatte sich auch der Postsekretär in der Potsdamer Vorstadt wohnhaft, mit seiner Frau einem siebenjährigen Söhnchen angeschlossen. In Schlachtensee nahm sich derselbe ein Boot und fuhr mit den Seinigen dem See spazieren. Eine unvorsichtige Bewegung der Insassen brachte während der Fahrt das Boot zum Kentern drei stürzten ins Wasser. Unglücklicherweise war kein Boot in der Nähe. Den auf das Hilfegeschrei der Ertrinkenden vom Ufer der Unglücksstätte Zueilenden gelang es, und Frau, die sich am gekenterten Boot anklammerten sich deshalb länger über Wasser halten konnten, in Sicherheit zu bringen, während das Kind, das gleich nach Umkippen des Bootes untergesunken war, ertrank. Die kleine Leiche ist zum Abend noch nicht gefunden worden, und so mußten die Eltern von ihrer so traurig geendeten Landpartie allein nach Berlin zurückkehren.

Trotzdem die Japanische Ausstellung bei ihrer Eröffnung als „fertig" gelten konnte, werden wir von Herrn Thienemann ersucht, mitzutheilen, daß zwei Hauptanziehungspunkte mit aller Beschleunigung, deren man sich befleißigte, erst nach so weit fertig gestellt werden können, um dem Publikum übergeben zu werden. So ist heute das Theehaus eröffnet worden und hat bereits lebhaften Zuspruch gefunden. Junge Japanerinnen (Owakirsan, Measammetsan) bedienen das Publikum, dem der japanische Thee, bekanntlich der beste vorhandenen Arten, besonders gut mundete; der Tempel dererseits wird erst zu Ende dieser Woche vollständig gestellt und eingeweiht werden. Der Gottesdienst im Tempel beginnt am Sonntag an näher zu bezeichnenden Stunden, worüber Mittheilungen rechtzeitig ergehen werden.

Belle-Alliance-Theater. Das Gastspiel Emil Thomas wird uns im Laufe der nächsten Woche eine Neueinstudirung der Gesangsposse „Der Aktienbudiker" von Kalisch bringen. Am Freitag geht zum ersten Male der Schwank „Die Schuhhändler" von Raupach in Szene, dem der einaktige Schwank „Eine rasche Hand" von Labiche vorangeht. Am Donnerstag und Sonnabend spielt Emil Thomas auf allgemeines Verlangen seinen Großhändler Lutter in „Defizit!"

Polizei-Bericht. Am 19. d. M. Nachmittags fiel ein 8 Jahre alter Knabe in einer Stellmacherwerkstatt, Lothringerstraße 9, von der Leiter und brach den linken Arm, so daß er nach der Königlichen Klinik gebracht werden mußte. In der Nacht zum 22. d. M. entstand in der Lessingstraße zwischen Militär- und Zivilpersonen eine Schlägerei, bei welcher erstere von der Waffe Gebrauch machten und dem Gegnern, Schlossergesellen Rufe und Büchner, Säbelhiebe bedeutende Verletzungen beibrachten. Büchner mußte nach dem Krankenhause gebracht werden. Am 22. d. M. Vormittags wurde der Handelsmann Flatow bewußtlos vor dem Hause Neue Friedrichstr. 34 liegend, gefunden und nach der Charitee gebracht, wo er nach einigen Stunden verstarb. — Um dieselbe Zeit fiel der Drechsler Walter am Kottbuser Ufer in den Landwehrkanal und der dachlose Tischler Koppe am Louisen-Ufer in den Louisenstädtischen Kanal; sie wurden jedoch, ohne Schaden genommen zu haben, wieder herausgezogen und gerettet. Beide hatten in leichtfertiger Weise auf das Geländer des Kanals gesetzt

waren so rücklings ins Wasser gefallen. — Zu derselben Zeit versuchte eine Frau vor dem Hause Maaßenstr. 37 sich zu vergiften. Sie wurde mittelst Droschke nach der Charitee gebracht.

Gerichts-Zeitung.

Privatbeleidigungsprozeß des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Fabrikant Schmidt (Elberfeld) gegen den Hofprediger Stöcker. Der bereits einmal vertagte Privatbeleidigungsprozeß des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Fabrikant Schmidt (Elberfeld) gegen den Hofprediger Stöcker gelangte gestern vor der 99. Abtheilung des Schöffengerichts am königlichen Amtsgericht Berlin I abermals zur Verhandlung. Gegenstand der Klage ist bekanntlich eine von Stöcker am 7. November v. J. im hiesigen Stadtmissionshause (Johannistisch) gehaltene Rede, wobei Stöcker geäußert haben soll: „Denn die elenden Lügen, die jetzt mein Gegenkandidat Herr Schmidt auf rothes Papier drucken läßt, werden nicht verfangen. Gegen solche Infamien schützt der dortige gesunde konservative Sinn, das gesunde, kräftige, lebendige Christenthum. Sie wissen, was solche Buben von mir schreiben, ist nicht wahr, einfach weil ich ein evangelischer Geistlicher, weil ich Hofprediger Sr. Maj. des Kaisers bin." Da eine Anzahl Zeugen zu dem Prozesse geladen sind, so findet die Verhandlung in dem großen Sitzungssaale Nr. 1 statt. Der Andrang nach dem Auditorium ist ein sehr bedeutender. Den Gerichtshof bilden Amtsrichter Kronester (Vorsitzender), Schneidermeister Heyer und Kaufmann Rasch (Schöffen). Die Parteien sind nicht erschienen. Für den Kläger ist Rechtsanwalt Munckel, für den Verklagten Rechtsanwalt Wolff (Fürstenwalde) anwesend. Außer einer Anzahl Zeitungsberichterstattern ist der Geschäftsführer des deutschen Protestantenvereins, Predigtamtskandidat Friese geladen. Vor Beginn der Verhandlung beantragt der Vertreter des Privatverklagten, Rechtsanwalt Wolff (Fürstenwalde), die Vertagung des Termins: der Vertreter des Klägers habe erst vor einigen Tagen den Journalisten Hugo Friedländer als Zeugen geladen, er sei nun nicht in der Lage gewesen, über die persönliche Qualifikation dieses Zeugen sich zu orientiren. Außerdem würde er im Laufe der Verhandlung vielleicht in der Lage sein, die Widerklage zu erheben und müßte alsdann doch eine Vertagung eintreten. Außerdem sei er angesichts des Prozesses gegen die „Freie Zeitung", in dem Hofprediger Stöcker den ganzen Tag über als Zeuge fungirte, nicht in der Lage gewesen, sich, wie es die Wichtigkeit der Sache erfordere, das nöthige Material zu verschaffen. Er hoffe, der Vertreter des Klägers werde so viel Billigkeitsgefühl haben und diesem Vertagungsantrage nicht widersprechen. — Rechtsanwalt Munckel: Er könne so viel Rücksicht nicht üben, wie der Herr Vertreter des Verklagten verlange. Wenn die Qualifikation des Journalisten Friedländer dem Vertreter des Verklagten Schmerzen mache, so verzichte er (Munckel) auf dessen Zeugniß. — Der Gerichtshof beschließt: auf das Zeugniß des Journalisten Friedländer zu verzichten. — Es wird nun in die Verhandlung eingetreten und zunächst die bereits mitgetheilte inkriminirte Aeußerung und ein zu Gunsten Schmid's im Wahlkreise Siegen verbreitetes Flugblatt verlesen. In diesem heißt es u. A.: „Der Kronprinz habe die Antisemitenbewegung, die Herr Stöcker ins Leben gerufen, eine Schmach genannt. Wähler, könnt Ihr einem solchen Manne Eure Stimme geben?" Ferner heißt es in dem Flugblatt: Die Attentäter Hödel und Nobiling waren Beide Mitglieder der christlich-sozialen Partei. Hödel hat sich am Abende vor dem von ihm verübten Attentat in einer Versammlung der christlich-sozialen Partei noch erbaut. — Rechtsanwalt Wolff beantragt: den Redakteur Aschenbrenner und den Literaten Warnsdorff zu vernehmen, daß die Behauptung bezüglich des Hödel unwahr und daß Nobiling nicht Mitglied der christlich-sozialen Partei gewesen ist. — Es wird alsdann ein Zeitungsbericht über eine von Stöcker am 10. November v. J. gehaltene Rede verlesen, in welcher Stöcker den Schmidt einen Taugenichts genannt haben soll. Der erste vernommene Zeuge, Schriftsteller Dr. Nixdorf, bestätigt die mitgetheilte, am 7. Novbr. getane Aeußerung in der Weise, wie er dieselbe der „Voss. Ztg." berichtet, gehört zu haben. Er habe speziell diesen Passus stenographirt. Zeitungsberichterstatter Lange kann sich des inkriminirten Passus genau nicht erinnern, in seinem der „Post" gelieferten Bericht über jene Versammlung stehe nur: was solche Leute von mir schreiben, ist nicht wahr u. s. w. — Vors.: Ist der Bericht von der Redaktion vielleicht geändert worden? — Zeuge: Das kommt häufig vor, es ist mithin auch möglich, daß in meinem Bericht „Buben" gestanden und die Redaktion dafür „Leute" geschrieben hat. Berichterstatter Krauß (Reichsbote) weiß zwar, daß Hofprediger Stöcker in jener Versammlung sehr herbe Worte über seinen Gegenkandidat und die Verfasser des Flugblattes gesprochen habe, kann sich aber der einzelnen Momente nicht mehr erinnern. — Berichterstatter Liebig (Reichsbote und Kreuzzeitung) hat ebenfalls keine klare Erinnerung an die einzelnen Aeußerungen, bezweifelt aber, daß das Wort „Buben" gefallen sei und glaubt, daß Hofprediger Stöcker den Privatkläger in einen Gegensatz zu den „Taugenichtsen" gebracht hat. — Der folgende Zeuge Aschenbrenner giebt auf Befragen an, daß er früher Portier im Pfarrhause des Angeklagten gewesen und alsdann die Redaktion des christlich sozialen Korrespondenzblattes vertreten habe. Der Zeuge kann sich der einzelnen Momente gleichfalls nicht mit Bestimmtheit erinnern, weiß aber, daß der Angeklagte gesagt habe: „Es wird Herrn Schmidt noch einmal leid werden, daß er sich mit solchen Subjekten eingelassen hat." Mit den „Subjekten" seien ganz sicher die Agitatoren gemeint gewesen. — Journalist Röther hat als Vertreter der „Voss. Ztg." der zweiten Verhandlung vom 10. November im Klubhause beigewohnt. Er bekundet, Hofprediger Stöcker habe in jener Versammlung aus dem Fallen der gegnerischen Stimmen im Wahlkreise Siegen die Folgen gezogen, daß die anständigen Elemente der Fortschrittspartei mit Taugenichtsen nichts zu thun haben wollen. Hofprediger Stöcker hat in seiner Klagebeantwortung zugegeben, daß er den Ausdruck „Taugenichtse" gebraucht hat, jedoch nur im Allgemeinen in Bezug auf die gegen ihn inszenirte Agitation, nicht aber in Bezug auf den Privatkläger. — Journalist Liebig kann sich auch bezüglich der zweiten Versammlung bestimmter Momente nicht erinnern. — Rechtsanwalt Wolff beantragt die Vernehmung des Berichterstatters der „Kreuz-Zeitung", Bauführers Adami, welcher bekunden soll, daß Hofprediger Stöcker den Ausdruck „Taugenichtse" nicht in Bezug auf den Privatkläger gebraucht hat. — Der Gerichtshof lehnt diesen Antrag ab, da bezüglich dieses zweiten Punktes der Belastungsbeweis nicht ausreicht. — Buchdruckereibesitzer Bommert-Elberfeld, gegen welchen ein Verfahren wegen dieses Flugblattes schwebt, erklärt, daß er nicht wisse, ob der Fabrikant Schmidt an der Abfassung oder Verbreitung des Flugblattes irgendwie betheiligt gewesen ist. — Rechtsanwalt Wolff beantragt, den Zeugen darüber zu vernehmen, daß sich der Privatkläger an der Wahlagitation in Siegen, selbst mit pekuniären Aufwendungen, stark betheiligt habe. — Zeuge Bommert giebt zu, daß Herr Schmidt sich an der Wahlagitation persönlich betheiligt habe, doch habe derselbe den Standpunkt immer geltend gemacht, daß Alles, was über die persönlichen Ausgaben hinausgehe, von der Zentralleitung gewährt werden müsse. Ueber die Wahrheit der Behauptung des Flugblattes, daß der Angeklagte den Protestantenverein ein „Mistbeet" genannt habe, wird der Kandid. Friese als Zeuge vernommen. Derselbe bekundet, daß er am 29. August v. J. einer Versammlung beigewohnt habe, in welcher der Verklagte gegen den Protestantenverein zu Felde zog. Nach seiner Erinnerung habe der Verklagte dabei geäußert, daß das, was der Protestantenverein wolle, keine Kirche, sondern ein Kasino sei und aus solchem Mist die Sozialdemokratie erwachse. — Die Zeugen Krauß und Liebig geben die Aeußerung des Verklagten dahin wieder: „Der Protestantenverein schaffe Zustände der Glaubens und Liebelosigkeit, aus denen, wie aus einem Mistbeete die Sozialdemokratie hervorwachse." — Ueber die Behauptung des Wahlflugblattes, daß Nobiling Mitglied der christlich-sozialen Partei gewesen und Hödel sich noch am Tage vor dem Attentat in einer Versammlung der christlich-sozialen Partei Erbauung geholt habe, werden die Sekretäre dieser Partei Aschenbrenner und Bernstorf vernommen. Dieselben wissen über das zweite Moment nichts und bestreiten die Zugehörigkeit Nobiling's zur christlich-sozialen Partei. — Rechts-Anw. Wolff beantragt nunmehr, das auch in Siegen verbreitete Flugblatt mit dem Artikel der „Freien Zeitung" „Hofprediger, Reichstagsabgeordneter und Lügner" zu verlesen, da Herr Schmidt sich mindestens doch auch moralisch mit für dieses Flugblatt verantwortlich gemacht habe. — Der Gerichtshof lehnt diesen Antrag ab, da gar kein Moment beigebracht sei, aus welchem hervorgehe, daß der Privatkläger an der Verbreitung des Flugblattes irgendwie betheiligt sei. Nunmehr beantragt Rechtsanwalt Wolff die Erhebung der Widerklage. Der Privatkläger habe am 20. April in Siegen in Gebhard's Garten behauptet: „Herrn Stöcker wohne der Geist des Hasses und der Zwietracht inne, er stehe im Verdrehen unerreicht da, er sei ein Lügner ꝛc." Ferner habe derselbe Mitte September in Laasphe gesagt: „Stöcker habe alle paar Wochen eine andere Ueberzeugung, Stöcker gehe mit dem Winde." Rechtsanwalt Munckel bittet, von der Widerklage vorläufig nur Akt zu nehmen. Dieselbe sei augenscheinlich nur ein neuer Versuch, durch solche, mit der Klagesache gar nicht im Zusammenhang stehende Dinge abermals eine Vertagung zu erzielen, deren der Verklagte so dringend zu bedürfen scheine. Herr Stöcker könne heute verurtheilt und auf die Widerklage später befunden werden, sonst könne auch am Schlusse jeder Verhandlung immer eine neue beliebige Widerklage erhoben werden. — Rechtsanwalt Wolff: Das ist das Recht des Verklagten, eine Grenze ist schließlich doch dadurch gezogen, daß dem Rechtsanwalt ein nobile officium innewohnt. — Rechtsanwalt Munckel: So lange mein Kollege hier mir gegenüber steht, habe ich bezüglich dieses nobile officium keine Besorgniß, wenn aber Herr Stöcker einmal persönlich ihn ersetzen sollte, hört für mich die Garantie in dieser Beziehung auf. — Rechtsanwalt Wolff: Ich glaube, diese Bemerkung hätte sich der Herr Gegner ersparen können. Der Gerichtshof beschloß, die Sache zu vertagen. Da aber das Verhalten des Verklagten namentlich auch daraus, daß er trotz der Zustellung der Klage im Dezember erst kurz vor dem ersten Termin einen Vertreter instruirt hat, zu erkennen ist, daß er lediglich auf einen Verschleif der Sache aus ist, hat der Gerichtshof beschlossen, bei Vermeidung der Einstellung des Verfahrens der Widerklage von Herrn Hofprediger Stöcker einen binnen 8 Tagen zu zahlenden Kostenvorschuß von 300 Mark zu erfordern, das persönliche Erscheinen den Parteien anzuordnen und zum nächsten Termin den Fabrikant Schäffer in Siegen und den Pfarrer Schmidt in Laasphe vorzuladen.

Vereine und Versammlungen.

hr. **In der von der Lohnkommission einberufenen Versammlung der Tischler,** welche am Montag Andreasstraße 21 unter Leitung des Herrn Rödel tagte, machte Herr Lenz zunächst Mittheilungen über einen Besuch, welchen gleichzeitig mit ihm die Herren Giese und Hilzendorf (Gegner der Lohnkommission) dem im Augusta-Hospital befindlichen schwerkranken Kollegen Heike gemacht haben und verlas dann ein Schreiben des Letztgenannten, in welchem derselbe der Lohnkommission nochmals für die ihm zugewendeten 30 Mk. seinen Dank ausspricht und an alle Kollegen die dringende Bitte richtet, der Lohnkommission das Vertrauen zu bewahren und die Lohnbewegung, durch welche sie schon Bedeutendes errungen, hoch zu halten. Darauf erstattete Herr Rödel ein eingehendes Referat über das Thema: „Die von unseren Gegnern beschlossene Auflösung der Lohnkommission und was würde damit erreicht werden?" Er suchte nachzuweisen, wie nach einer etwaigen Auflösung der Lohnkommission („Ich sage nicht, fügte er hinzu, der jetzigen Lohnkommission") d. h. nach einer Auflösung der Lohnbewegungsorganisation in wenigen Wochen Alles verloren gehen würde, was in einem zweijährigen mühevollen, schweren Kampfe die Tischler Berlins den Arbeitgebern abgerungen haben. Da es unmöglich sei, daß die Gegner der Lohnkommission dies nicht einsehen, so könne man nur annehmen, daß es ihr Wille sei, die Tischler Berlins wieder zurückzubringen in die traurige Lage, in welcher sie sich vor 2½ Jahren befanden, um dann sagen zu können: „Da seht Ihr ja, daß die ganze Lohnbewegung nichts genützt hat". (Widerspruch der anwesenden Gegner.) Referent wies darauf hin, daß die Vorstände der Fachvereine nicht die Macht haben würden, den Tischlern Berlins die Errungenschaften zu bewahren, welche durch die Lohnbewegungsorganisation der großen Mehrheit der Tischler gewonnen worden seien. In Meisterkreisen herrsche schon große Freude über die Versuche, welche von Gesellen und von Solchen, welche Vertreter der Interessen der Gesellen sein wollen, gemacht werden, die Lohnbewegungs-Organisation der Gesellen zu beseitigen. Ein Meister der Kastenmöbelbranche, der 27 Gesellen beschäftige, habe im Hinblick auf diese Versuche schon gewagt, einem derselben zu erklären, daß er mit 3 Mark weniger wöchentlich zufrieden sein müsse oder gehen könne. Nachdem Referent noch darauf hingedeutet, daß die gegnerischen Wortführer auch in die am Sonntage in der Tonhalle abgehaltene Versammlung aller gewerblichen Arbeiter nur zu dem Zwecke gekommen seien, dieselbe zu stören und womöglich zu sprengen, und erklärt, daß er das, was er gegen Herrn Herold vorzubringen habe, in der gegenwärtigen Versammlung nicht vorbringen wolle, weil Herr Herold nicht anwesend sei, schloß er mit dem Ausdruck der Zuversicht, daß die große Mehrheit der Berliner Tischler sich von dem, was sie als recht erkannt, durch einige „Agents provocateurs" nicht werde abbringen lassen, und daß diejenigen Kollegen, die sich hätten verführen lassen, bald zur Einsicht kommen und dann um so entschiedener wieder der Mehrheit sich anschließen werden. — Die Diskussion wurde von Herrn Künzel mit der Bemerkung eröffnet, daß nur Solche, die Tischler sind, das Wort nehmen dürften. Die Herren Hildebrandt, John, Stellmann, Klinger, Jurauke u. A. sprachen sich im Sinne des Referenten aus und vervollständigten die Ausführungen desselben. Herr Winter brachte von Neuem Alles vor, was er schon in anderen Versammlungen zu seiner Vertheidigung und gegen Herrn Rödel vorgebracht hat, und sagte dann, es komme ihm seltsam vor, daß vom kranken Kollegen Heike, der gestern erklärt habe, er sei zu schwach, um noch schreiben zu können, heute ein so langer Brief vorliege. Die in dieser Bemerkung liegende Verdächtigung und die von Neuem von Herrn Winter vorgebrachten Anschuldigungen wies Herr Roedel mit Entschiedenheit zurück. Das Ergebniß der Verhandlung war die Annahme der folgenden Resolution: „Die Versammlung erklärt ihr volles Einvernehmen mit der Lohnbewegung und mit der Lohnkommission; sie wird unentwegt mit aller Kraft für die Aufrechterhaltung der durchgeführten Forderungen eintreten, damit auf dem betretenen Wege weiter gearbeitet werden kann."

be. **Die große Arbeiter-Versammlung,** welche am Montag, den 22. d. M. Abends in der Urania, Wrangelstr. 9/10 unter Vorsitz des Herrn Fritz Görcki stattfand, war überaus zahlreich besucht. Trotzdem verlief die Versammlung in musterhafter Ordnung. Herr Rechtsanwalt Freudenthal referirte über „Die Verurtheilung einer Anzahl gewerblicher Arbeiter zu Freiheitsstrafen durch die Gewerbedeputation des Magistrats wegen Niederlegung der Arbeit." Der Herr Referent war der Ansicht, daß die Exekutivverfügungen, welche die Gewerbe-Deputation des Magistrats aus § 774 der Zivil-Prozeß-Ordnung herleitet und mit Hilfe der Polizeibehörde zur Ausführung bringt, durchaus nicht gesetzlich seien; wie die höhere Verwaltungsbehörde sich hierzu stelle, wisse er nicht. Reicher Beifall folgte den klaren Ausführungen. Stadtv. Tischler Herr Herold als Korreferent wies mit Hinsicht auf das Verhalten der Gewerbedeputation des Magistrats auf die Nothwendigkeit hin, ein Gewerbe-Schiedsgericht ins Leben zu rufen, das von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gleicher Zahl in der Weise besetzt sein müsse, daß jeder zur Entscheidung kommende Fall von Fachleuten entschieden würde." Er konnte mittheilen, daß die Gewerbe-Deputation bereits einstimmig beschlossen habe, zu dem Antrag auf Einführung eines Gewerbe-Schiedsgerichtes Stellung zu nehmen und ersuchte die Versammlung, durch ein Votum nach dieser Richtung hin die Arbeiter-Stadtverordneten zu unterstützen. (Beifall.) — Herr Müller beantragte, solange dieses Schiedsgericht noch nicht bestehe, aus der Mitte der Arbeiter eine Kommission zu wählen, die mit der Aufgabe zu betrauen sei, in gewerblichen Streitigkeiten dem Arbeiter hilfreich zur Seite zu stehen und ihm zu seinem Rechte zu verhelfen. — Dieser Antrag fand die Zustimmung fast aller folgenden Redner und schließlich der Versammlung. Folgende Liste von 21 Mitglieder wurde aufgestellt und, vorbehaltlich der Zustimmung einiger Gewählter, die nicht anwesend waren, en bloc angenommen. Die Kommission, welche in den nächsten Tagen zusammentreten wird, besteht aus folgenden Mitgliedern: Michelsen, Buchbinder; Herold, Tischler; Laske, Zigarrenarbeiter; Berendt, Maurer; Kohlhar, Buchbinder; Papke, Schuhmacher; Kreutz, Gürtler; Kirchner, Tapezirer; Tutzauer, Tischler; Miethe Schlosser; Wilhelm, Böttcher; G. Schulz, Metallarbeiter; Lehmann, Zimmerer; Henke, Klavierarbeiter; Buchholz, Maler; Müller, Drechsler; Pfeifer, Schneider; Fr. Görcki, Schlosser; Werner, Schriftsetzer; Rennthaler, Feilenhauer; Höhne, Buchbinder. — Im Verlauf der Diskussion kam man auch auf die Versammlung zu sprechen, welche unter Vorsitz des Herrn Rödel am Sonntag in der „Tonhalle" stattgefunden und ein rasches Ende gefunden hat. Auch das Verhalten des Herrn Rödel und seine „Leitung" der Versammlung wurde bei dieser Gelegenheit einer scharfen Kritik unterzogen. Es gelangte ein Brief aus Königsberg, von der Kommission der dortigen (im Streik liegenden) Tischler hierher gerichtet, zur Verlesung, welcher folgendermaßen in seinem ersten Theile lautet: „Königsberg, den 12. Juni 1885. — Werther Kollege! Am Donnerstag voriger Woche richtete ich im Auftrage der Lohnkommission der hiesigen Tischler an Kollege Rödel das Ersuchen, unsern Lohnkampf mit einer größeren Summe zu unterstützen, habe jedoch bis heute keine Antwort erhalten, wiewohl ich ihm mittheilte, daß es sehr dringend sei, und er uns, wenn möglich, telegraphisch benachrichtigen möge, ob wir etwas erhalten könnten. Sollte er kein paar Minuten für uns übrig haben, oder bewahrheitet sich das Gerücht, daß er durch sein rücksichtsloses Vorgehen gegenüber den anderen Tischlern Deutschlands den Einfluß bei den dortigen Kollegen verloren hat? Wir unsererseits haben das Gefühl gehabt, daß durch die fortdauernden Streiks die dortige fachgenossenschaftliche Bewegung bedeutend gehemmt ist und das Zustandekommen einer ständigen Organisation fast zur Unmöglichkeit gemacht wird. Wir bitten Sie nun, werther Freund, mit Kollege Rödel zu sprechen und ihn zu fragen, ob wir überhaupt von seiner Seite auf etwas rechnen dürfen. Denn außer der Unterstützung die wir durch Mitglieder des Fachvereins und vom Klavierarbeiterverein erhalten haben, ist von Berlin weiter nichts angekommen und wir haben doch bedeutende Summen nach dort gesandt. Einmal haben wir von Herrn Rödel 14,20 Mk., aufgebracht von den streikenden Tischlern, erhalten. Unsere Briefe werden gar nicht beantwortet von ihm. Erwähnt sei noch, daß Herr Schlosser Pirch (2. Vorsitzender in der Tonhallenversammlung am Sonntag) mit seinem Vorschlag, eine Kommission zu wählen, die sich einer privatim von Herrn Rödel gebildeten Kommission anzuschließen habe, die in den nächsten Tagen nach Potsdam geht, um bei dem Oberpräsidenten Beschwerde über die Entscheidungen der hiesigen Gewerbedeputation des Magistrats aus § 774 d C.-P.-O. zu führen, nicht den geringsten Anklang und die schärfste Ablehnung erfuhr. — Einstimmig beschlossen wurde, den Ueberschuß einer bereits vorgenommenen Tellersammlung den streikenden Maurern zu überweisen und eine neue Tellersammlung für dieselben zu veranstalten. Dann schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Berliner Arbeiterbewegung.

Eine öffentliche Versammlung der Former, von zirka 800 Personen besucht, tagte am Montag, den 22. Juni, im Salon zum Deutschen Kaiser, und beschäftigte sich mit dem Streik in der Hartung'schen Gießerei. Von allen Rednern wurden die Mißstände gerügt und einer sachlichen, aber scharfen Kritik unterzogen. Herr Hartung, der selber nicht erschienen war, wurde durch einen Herrn Riedel vertreten. Jedoch die Argumente des Herrn Riedel konnten die Thatsachen nicht abschwächen, vielmehr erklärte die Versammlung durch die Annahme zweier ziemlich gleichlautenden Resolutionen sich mit den Forderungen sowohl, als auch mit der Haltung der streikenden Kollegen voll und ganz einverstanden. Als darauf drei Beamte der Firma Hartung erschienen und noch in später Stunde (es war ½12 Uhr) das Wort verlangten, ein Schlußantrag jedoch bereits angenommen war, entstand ein großer Tumult, was den Vorsitzenden Herrn Behrend veranlaßte, um einer Auflösung vorzubeugen, die Versammlung zu schließen. Eine von Herrn Schwerin eingebrachte Resolution lautet: „Die heute im „Salon zum Deutschen Kaiser" tagende Formerversammlung erklärt, daß, da die Forderungen der streikenden Kollegen der Hartung'schen Gießerei gerecht sind, den Streik so lange fortzuführen, bis entweder Herr Hartung die Forderungen bewilligt hat, oder der Streik von der Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands als beendet erklärt wird. Zugleich erklären die Anwesenden, den Streik mit allen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln, sowohl moralisch als auch materiell, thatkräftig zu unterstützen, bis der Sieg errungen ist."

hfs. **Die neueste Massenversammlung der Berliner Maurer** fand gestern (Dienstag) Vormittags von 10 bis 12 Uhr in der „Tonhalle", Friedrichstraße 112, unter dem Vorsitze des Herrn Behrend statt. Zu derselben hatten sich abermals an 7000 bis 8000 streikende Maurer eingestellt, von denen ca. 6000 im Saale Platz fanden. Die Versammlung diskutirte wieder lebhaft über das Neueste vom Streikschauplatz, woran sich ja gegenwärtig niemals ein Mangel fühlbar macht, wenn auch von außergewöhnlichen, großen Ereignissen, blutigen Kämpfen und Metzeleien — wer weiß, ob nicht zum großen Leidwesen der armen, bedrängten Bundes-Meister und sensationsbedürftigen Kapitalistenpresse — noch immer nichts oder nur kaum Erwähnenswerthes zu vermelden ist. Höchstens handelt es sich dabei um Richtigstellung irgend einer haarsträubenden Zeitungsnotiz oder bei der Polizeibehörde eingereichte Anzeige und Beschwerde der Bau-Innung über angeblich stattgehabte „entsetzliche Ausschreitungen" und „Gewaltthaten" streikender Maurer auf diesem oder jenem „kalt gestellten Bau" gegenüber engherzigen, aus falscher Selbstsucht ihr eigenes Interesse schädigenden Gewerksgenossen. Dergleichen konnte man auch heute wieder vielfach zu hören bekommen. Nicht unzutreffend meinte einer der Redner, es sei „so klar wie Kloßbrühe", daß sich die Streikenden einerseits und die indifferenten Weiterarbeitenden andererseits gegenseitig nicht

„mit Chokolade begießen." Wirkliche, ernste Ausschreitungen seien thatsächlich und erfreulicher Weise bis jetzt nicht vorgekommen. Auch hätten es sich in den bisher abgehaltenen Streikversammlungen sowohl die Kommissionsmitglieder als viele andere Redner stets angelegen sein lassen, zu gesetzmäßigem, ruhigem und rücksichvollem gegenseitigen Verhalten zu ermahnen und die Streikenden nur auf Gewinnung der widerstrebenden Elemente durch die Macht gütlicher Ueberredung zu verweisen. An der Diskussion nahmen diesmal in hervorragender Weise besonders die Herren Hagendorf, Luwig, Vorsitzender Behrend, Krankemann u. A. Theil. Herr Hagendorf beantwortete die von einem der Anwesenden aufgeworfene Frage nach dem derzeitigen Bestande des Generalunterstützungsfonds resp. nach den eventuell zu gewährenden Streikunterstützungs-Auszahlungen dahin, daß letztere wegen der außergewöhnlich großen Anzahl der Streikenden vorläufig, d. h. in den nächsten zwei Wochen nicht erwartet werden könnten. Es müßten — und das habe jeder Berliner Maurer zuvor gewußt — jetzt eben gewisse unvermeidliche Opfer gebracht werden, zu denen Jeder im eigenen Interesse verpflichtet sei. Müßte man schon jetzt jedem Streikenden eine nur einigermaßen in Betracht kommende Unterstützung auszahlen — und mit ganz kleinen, almosenartigen Beträgen wäre doch Niemandem gedient — so würden dazu ungeheure Fonds erforderlich sein, die anzusammeln leider in den letzten Jahren nicht möglich war. Dagegen sei bereits schon jetzt alles Erforderliche und Mögliche von Seiten der Kommission gethan worden und werde dies in noch höherem Grade auch fernerhin geschehen, um allen billigen und für den schlimmsten Fall einer längeren Streikdauer unabweisbaren und gerechtfertigten Anforderungen genügen zu können. Schließlich würden nöthigen Falls nicht nur die Maurer und alle Arbeiter ganz Deutschlands, sondern auch die des Auslandes, die Arbeiter aller Kulturländer den Berliner Maurern die stützende, hilfreiche Hand bieten. Denn das Gefühl und Verständniß für die Solidarität der Arbeiterinteressen sei heute in aller Welt kein hohler Schall mehr und kein leerer Wahn, sondern eine lebendige, zukunftverheißende Thatsache, mit der man rechnen dürfe. (Stürmischer Beifall.) — Der Vorsitzende heilte mit, daß sich die Kommission mit einer schriftlichen Vorstellung an das hiesige Polizei-Präsidium und an den Magistrat gewandt habe, um diese Behörden zu einer öffentlichen Anerkennung der gerechten Forderung der Berliner Maurer zu veranlassen, zu einer, gegenüber den Schritten der Bundes-Meister thatsächlich gerechtfertigten Kundgebung, die hoffentlich nicht werde versagt werden. Zugleich erkannte er das bis jetzt von den Behörden den Berliner Maurern bewiesene Wohlwollen im Namen der Maurer dankend an. Herr Luwig warnte vor jeder Unterhandlung Einzelner mit den, solche Unterhandlungen erstrebenden Meistern. Nur die Kommission müsse und dürfe, als Vertreterin der Gesammtinteressen und im Namen der Gesammtheit mit der Meisterschaft unterhandeln. Ferner machte der Vorsitzende den Anwesenden von den in den jüngsten Versammlungen der Putzer, Steinträger und Bauarbeiter gefaßten Beschlüssen Mittheilung, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden, nachdem der Redner ausgeführt hatte, daß dieselben nur dazu beitragen könnten, das allgemeine Vertrauen auf den schließlichen Sieg der gerechten Sache noch zu erhöhen.

Die Töpfergesellen Berlins waren am Sonntag, den 21. Juni in der Grenadierstr. 33 versammelt und beschäftigten sich mit der Aufstellung eines den Meistern vorzulegenden Minimal-Lohntarifes, wonach der Verdienst eines Töpfergesellen, der gegenwärtig bei einer täglichen 11 stündigen Arbeitszeit etwa 15 Mk. pro Woche beträgt, bei derselben Arbeitszeit auf etwa 18 Mk. sich erhöhen würde. Von einer definitiven Beschlußfassung behufs Durchführung dieses Tarifs wurde jedoch Abstand genommen, da, wie bemerkt wurde, die Organisation der Töpfergesellen erst stärker werden müsse, wenn sie etwas erreichen wollten.

Der „Demokratische Verein" zu Berlin hat am 17. Juni sich durch Genehmigung des revidirten Statuts und Neuwahl des Ausschusses definitiv konstituirt. Der Ausschuß hat die Aemter folgendermaßen vertheilt: Dr. Guido Weiß, Vorsitzender; G. Ledebour, Geschäftsführer (Dessauerstr. 4), Max Hey, Schatzmeister (Grüner Weg 16), Stadtverordneter Schiegnitz, Dr. Wolff, Hildebrandt, Görlitzer, Dr. Grätzer und Schwarz, Beisitzer. Zuschriften sind an den Geschäftsführer, Geldsendungen an den Schatzmeister zu richten.

Eine große öffentliche Versammlung der Zimmerer Berlins und Umgegend findet am Sonntag, den 28. Juni, Vormittags 10 Uhr, im Palmensaal, Neue Schönhauserstr. 20, statt. Die Tagesordnung ist folgende: 1) Welche Folgen zieht der Streik der Berliner Maurer für die Zimmerleute nach sich. 2) Ergänzungswahl der Kommission. 3) Verschiedenes.

Eine öffentliche Versammlung der Maler findet am Sonntag, den 28. d. M., Vorm. 10½ Uhr in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77—79, statt. Die Tagesordnung wird noch näher bekannt gemacht. Die Einberufer ersuchen sämmtliche Leser dieser Anzeige, die Malergehilfen darauf aufmerksam zu machen, da die Tagesordnung eine sehr wichtige sein wird.

Der Unterstützungsverein der Vergolder und Berufsgenossen hält am Mittwoch, den 24. Juni, Abends 8½ Uhr, bei Seefeld, Grenadierstr. 33, eine Versammlung ab. Tagesordnung: 1. Innere Vereinsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. — Auch möge den Mitgliedern hiermit bekannt gegeben sein, daß die Statutenbücher zur Vertheilung gelangen. Reger Besuch ist dringend nothwendig.

Gr. Ottersleben, 20. Juni. Die am Sonnabend, den 19. d. Mts. im Saale des Fachvereins versch. Berufsgenossen abgehaltene Versammlung, in welcher Maschinenbauer Sendig referirte, wurde auf Grund des § 5 des Vereinsgesetzes aufgelöst. Es ging alles ruhig nach Hause.

Eine große öffentliche Schuhmacher-Versammlung findet am Montag, den 29. d. Mts., Abends 8½ Uhr, im Königstädtischen Kasino, Ecke Holzmarkt- und Alexanderstraße statt. Tagesordnung mit Angabe des Referenten wird am Sonnabend im Inseratentheil bekannt gemacht.

Berichtigung. Es geht uns nachstehendes Schreiben mit der Bitte um Veröffentlichung zu: In der Nummer 143 des „Berliner Volksblatt" heißt es in dem Bericht des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter, ich hätte Herrn Rödel und die Lohnkommission gegen die Angriffe in Schutz genommen. Dieses möchte ich dahin berichtigen, daß ich nach meinem Wissen die Kommission und Herrn Rödel nicht in Schutz genommen habe und auch nicht nehmen kann. H. Schaar, Klavierarbeiter, Manteuffelstr. 67.

Vermischtes.

Ein geheimnißvoller Vorfall an Bord eines Dampfers. Nach dem Berichte des kaiserlichen Konsulats in Liverpool war der zum Heimathshafen Bremen gehörende Dampfer „Donar" (Q. D. W. B.) am 16. Dezember v. J. von Bremerhaven nach Cardiff gegangen, hatte dort Kohlen eingeladen und alsdann die Häfen Colombo, Elephant Point, Akyab, Port Said besucht, und wie in dem Schiffsjournale geschildert wird, hatte die Auffindung von zwei männlichen Leichen im Kohlenraume des Schiffes während der Rückreise von Akyab nach Liverpool stattgefunden. Da Niemand von der Besatzung des „Donar" vermißt wurde und die Leichen der äußeren Bekleidung nach Europäer und nach den Schuhen der einen Leiche zu schließen, englische Dockarbeiter gewesen zu sein scheinen, so nimmt der Kapitän des „Donar" an, daß es zwei in Cardiff zum Stauen von Kohlen auf seinem Schiffe beschäftigt gewesene Arbeiter sein mögen. Dieselben wären vielleicht im Kohlenraum eingeschlafen und alsdann unbemerkt von einer Quantität Kohlen, welche von oben herabgestürzt wurden, erschlagen, beziehungsweise begraben worden. Auf Grund dieser Vermuthung wurde der kaiserliche Konsul zu Cardiff ersucht, die Mannschaft des „Donar", welcher im Begriffe stand, von Liverpool nach Cardiff abzufahren, zu vernehmen und Nachforschungen darüber anzustellen, ob dort zu der erwähnten Zeit zwei Männer vermißt worden sind, welche mit den gefundenen beiden Leichen identisch sein könnten, sowie ob irgend welche Umstände vorhanden seien, welche auf die erfolgte Verübung eines Verbrechens schließen ließen. Den Ermittelungen ist es nicht gelungen, den Sachverhalt aufzuklären. Nach den Berichten des deutschen Konsuls zu Cardiff ist derselbe zu der Annahme gelangt, daß ein Verbrechen nahezu ausgeschlossen ist. Die Berichte des Kapitäns des Dampfers „Donar" lauten im Wesentlichen: Freitag, den 13. März 1885. Heute Nachmittag gegen 3 Uhr wurde dem zweiten Maschinisten Papenhagen und dem Heizer Stickigt gemeldet, daß sich auf der Steuerbordseite im großen Querbunker allem Anschein nach eine Leiche befände, welche durch den Verbrauch der Kohlen aus diesem Bunker bloß gelegt werde. Der zweite und dritte Maschinist begaben sich in den Kohlenbunker, wo ein sehr starker Verwesungsgeruch herrschte und fanden die Aussage des Stickigt bestätigt. Das eine Bein der Leiche, welche bereits sehr stark in Verwesung übergegangen war, kam zum Vorschein. Hierauf machte der zweite Maschinist dem ersten Maschinist hiervon Meldung, welcher es weiter dem Kapitän meldete. Der Kapitän und der erste Offizier begaben sich hierauf in den Kohlenbunker und überzeugten sich von dem Vorhandensein der Leiche, welche der Kleidung nach zu rechnen eine männliche war. Da die Leiche bereits allzustark in Verwesung übergegangen war, um ein Hantiren und Einpacken derselben zuzulassen und der Geruch derselben stark genug war, um die Luft zu verpesten und eine Seuche hervorzurufen, so wurde beschlossen, so kurz als möglich damit zu verfahren und die Leiche in das nächste Feuer zu werfen, wo dieselbe im Nu von den Flammen verzehrt war. Die einzigen Merkzeichen, welche an der Leiche wahrgenommen werden konnten, waren, daß dieselbe mit einem blauen Flanellhemd und einer englischledernen (Moleskin-) Hose bekleidet war. Um den pestilenzartigen Geruch zu vertreiben, wurde Karbolsäure in den Bunker und Heizraum gegossen. (gez) F. A. Kuhn, Kapitän. J. Frick, erster Maschinist. Paul Papenhagen, zweiter Maschinist. H. Reuper, Heizer. B. Grundmann, erster Offizier. Sonnabend, den 14. März 1885. Heute Abend gegen 6 Uhr 10 Minuten wurde dem ersten Maschinisten Frick durch den Heizer Mundt abermals die schreckliche Meldung gemacht, daß sich im Steuerbordbunker nahe an derselben Stelle, wo die erste gelegen, noch eine Leiche vorgefunden hätte. Der erste Maschinist machte dem Kapitän hiervon Meldung und er und der erste Offizier begaben sich in den Kohlenbunker, wo sie sich von dem Vorhandensein einer zweiten und zwar nach der Kleidung zu beurtheilen, männlichen Leiche überzeugten. Diese Leiche war wie die erste bereits so stark in Verwesung übergegangen, daß wir dieselbe, um ein Ueberhandnehmen des Verwesungsgeruchs, welcher mit dem Bloßlegen der Leiche zunahm, und eine Verpestung der Luft zu verhüten, so schnell als möglich ins Feuer werfen mußten. Zu bemerken ist, daß sich an dieser Leiche schwere, mit eisernen Nägeln beschlagene Schuhe befanden, von der Art, wie sie von den Arbeitsleuten an den Docks in England getragen werden. Der Riemen, mit welchem die Hosen um die Hüften befestigt waren, war ohne Schnalle und nur durch ein Loch im inneren Ende des Riemens gezogen. Beide Leichen müssen dicht neben einander und recht unter dem Bunkerluk am Deck gelegen haben, die erste lag mit dem Kopf nach vorn, die zweite mit dem Kopf nach hinten. Bemerkenswerthe unverwesliche Gegenstände wurden in der Nähe der Leichen nicht aufgefunden. Wie und auf welche Weise diese beiden Leichen in den Bunker gekommen sind, ist allen an Bord unerklärlich. (gez.) F. A. Kuhn, Kapitän; B. Grundmann, erster Offizier; J. Frick, erster Maschinist; Paul Papenhagen, zweiter Maschinist; H. Reuper, Heizer.

Ein Hausmittel. In einer kleinen Stadt geschah es kürzlich, daß eine Frau, die von ihrem Manne vernachlässigt wurde, ihn in einer Schenkstube aufspürte, wo er mit mehreren Gefährten beim Kartenspiel saß. Mit den Worten: „Lieber Mann, da ich voraussetzte, daß Du zu sehr beschäftigt seist, um heute Mittag nach Hause zu kommen, habe ich Dir Dein Essen gebracht!" setzte sie eine verdeckte Schüssel auf den Tisch und entfernte sich. Mit erzwungenem Lachen lud der Mann seine Freunde ein, mit ihm zu speisen; als er aber den Deckel aufhob, fand er nichts als einen Zettel, worauf geschrieben stand: „Ich hoffe, Dein Mittagsmahl wird Dir schmecken; es ist genau dasselbe, was Deine Familie zu Hause hat!" — Wir wollen hoffen, daß das Mittel der guten Frau, aus deren Thun ja doch ein recht hochbetrübtes Herz herausschaut, guten Erfolg gehabt hat. Aber in wie vielen Häusern mag's bei dem leidigen Wirthshausbesuch also aussehen! Es kommt ja nicht blos bei sogenannten geringen Leuten, sondern auch in „gebildeten" Häusern vor, daß der Mann allabendlich beim Bier sitzt und „in Gesellschaft" zu Nacht speist, und bei dieser Gelegenheit soviel Geld braucht, daß es für die Familie daheim zu keinem rechten, nahrhaften Abendessen mehr reicht.

Eingesandt.

Geehrte Redaktion!

Bezugnehmend auf die in der Sonntagsnummer Ihres geschätzten Blattes vom 21. Juni enthaltene Annonce, in welcher sich die Herren Fritz Göricki, Aug. Herold, Ferd. Müller, M. Kreutz, Fritz Michelsen, Julius Müller entschuldigen, die an diesem Tage übernommenen Referate nicht halten zu können, um in der von dem bekannten Herrn Rödel einberufenen Versammlung diesem Herrn gegenüber die Ehre und Würde der Berliner Arbeiterbewegung zu vertreten, ist mir unbegreiflich, wie der letztgenannte Herr, der Drechsler Julius Müller, die Ehre und Würde zu vertreten gedenkt, da der betreffende Herr durchaus nicht berufen ist, dieselbe für die Berliner Drechslergesellenschaft zu vertreten, denn die Berliner Drechsler wissen, was sie von Herrn J. Müller zu halten haben und sind gewiß erstaunt, wie sich so ein Mann zum Sittenrichter aufspielen kann. Der betreffende Herr möge erst vor seiner eigenen Thür kehren, ehe er über die inkorrekten Handlungen Anderer sprechen will. Herr J. Müller möge erstens öffentlich über die Lohnbewegung der Drechsler vom Jahre 1882 abrechnen, was bis dato noch nicht öffentlich und auch nicht in der Kommission geschehen ist. Zweitens über den von ihm geleiteten Knopfmacher-Streik vom Monat Februar bis März 1885. Drittens möge der Herr erst Abrechnung halten mit dem jetzigen Vorstand der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Drechsler, bei welcher derselbe drei Monate Bevollmächtigter gewesen ist, und dann seiner sonderbaren Verwaltung wegen abgesetzt ist. Wenn es dem Herrn J. Müller gelingt, sich über die angeführten Thatsachen zu rechtfertigen und zu reinigen, nun dann mag Herr J. Müller hingehen und die Ehre und Würde der Arbeiter vertreten. Die hier von mir angeführten Thatsachen bin ich sofort bereit, vor Gericht zu vertreten. M. Schmädicke, Drechsler, Veteranenstr. 11.

Briefkasten der Redaktion.

A. 6. Iwan. Eine solche Steuer hat noch niemals existirt.

Vogelliebhaber. Die verschiedene Färbung des Kanarienvogels deutet auf eine Bastardart hin. Eine Seltenheit ist diese Doppelfarbe durchaus nicht.

L. St. Wrangelstraße. Gewöhnlich wird gerechnet, daß man eine deutsche Meile in zwei Stunden abgehen kann, doch bringen Sie es ohne allzugroße Anstrengung auch in 1½ Stunde fertig.

Zwei Wettende, Andreasplatz. Eine Million wird in Tausendmarkscheinen 2 Kilogramm.

Arb.-Bez.-Verein der Schönhauser Vorstadt. Das Inserat für die Dienstagnummer konnte nicht mehr aufgenommen werden, wir erhielten den Brief erst Dienstag früh. Annonzen bitten wir übrigens an die Expedition, Zimmerstraße 44, zu senden, nur Einsendungen für den redaktionellen Theil unseres Blattes sind an die Redaktion, Beuthstr. 2, zu richten.

A. K. Der Rest verjährt in zwei Jahren nach der letzten Zahlung.

Abonnent in Goldlauter. Im Falle einer Verurtheilung erhält der Vater, sobald die Tochter die Strafe antritt, das Geld zurück.

Theater.

Deutsches Theater.
Heute: Die große Glocke.

Bellealliance-Theater.
Heute: Der Raub der Sabinerinnen.

Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Heute: Der Großmogul.

Walhalla-Operetten-Theater:
Heute: Mascotte.

Ostend-Theater:
Heute: Das Spielzeug der Kaiserin.

Wallner-Theater.
Heute: Papageno.

Central-Theater:
Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Ernst.
Heute: Hamburg an der Alster.

Tischlergesellen auf Telephon verlangt **Gürtner**, Admiralstr. 17 II. Hof.

Häkler auf Mohair verlangt Süßmann, Langestr. 62, Hof III.

Mädchen für Alles, hoher Lohn, verl. Ackerstr. 133 vorn l. r.

Arbeiter-Bezirks-Verein „Süd-Ost".
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, den 25. Juni, Abends 8½ Uhr,
in der „Urania", Wrangelstraße 9 u. 10.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
1354]

Große
Volksversammlung
heute Mittwoch, den 24. Juni, Abends 8½ Uhr,
im Lokale Sanssouci, Kottbuserstr. 4.
Tagesordnung:
Die Berliner Arbeiterbewegung und das Verhalten des Herrn Rödel.
Referent: Fritz Goercki.
Eine besondere Einladung erhält Herr Rödel nicht.
Der Einberufer: August Herold.
1367

Freunden und Bekannten empfehle mein
Weiss- u. Bairisch-Bier-Restaurant
mit **Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch.**
Hochachtungsvoll
R. Dickow, Beuthstraße 10.
1351]

63 Mk. 16 Pf.
Einnahme der Tellersammlung in der „Urania", Wrangelstraße 9/10, von der öffentlichen Arbeiterversammlung erhalten.
Die Kommission der Maurer. J. V.: W. Rehdan.

Verantwortlicher Redakteur R. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW. Beuthstraße 2.